

Eine gesplittene Nation

Nicht nur, dass ein Ergebnis zustande kam, das man sich in Akademikerkreisen nicht gewünscht hat, sondern die Spaltungen in unserem Land kamen in einer Weise zum Vorschein, wie wir es zuvor in unseren Vorstellungen kaum für möglich hielten.

Die meisten Abgeordneten des Oberhauses, beinahe drei Viertel der Abgeordneten des Unterhauses, die Bank of England, der Gewerkschaftskongress, Spitzenkräfte in der Wirtschaft, die Kirche und so gut wie alle maßgeblichen Organisationen im Vereinigten Königreich sprachen sich gegen den Brexit aus.

Was also ist schiefgelaufen? Wenn wir in die Vergangenheit blicken (und es ist immer leichter in die Vergangenheit als in die Zukunft zu blicken) haben wir die Stimmung in weiten Teilen des Vereinigten Königreichs ganz und gar falsch eingeschätzt, insbesondere wenn es um ärmere Regionen geht, deren Menschen sich nur schwer Gehör zu verschaffen vermögen.

Die letzten Jahre waren für Durchschnittsfamilien keine guten Jahre, die Löhne stagnierten, und der Lebensstandard veränderte sich kaum. Die Frage der Zuwanderung wurde nicht erörtert, obgleich für viele Menschen am Rand der Gesellschaft die Zuwanderung ein wichtiges Thema war.

Zweifelsohne gehört Großbritannien zu den ökonomisch erfolgreichsten Volkswirtschaften in der EU; dazu trugen zu einem Großteil auch die EU-Migranten bei, die in das Land kamen, um eine Arbeit aufzunehmen. Wir verfügen über das flexibelste Arbeitsrecht und einen verhältnismäßig hohen Mindestlohn, was für Ost- und Südeuropa, wo die Löhne niedrig sind und die Arbeitslosigkeit hoch ist, attraktiv wirkt.

Während diese Tatsache für einige Menschen eine Chance darstellte, führte sie bei anderen zur Entfremdung, und die Abstimmung für den Brexit war sozusagen die Rache der Besitzlosen. Etwa 230 Abgeordnete der Labour-Partei unterstützten das Remain-Lager, aber ungefähr drei Viertel von ihnen vertreten Regionen, die am Tag der Abstimmung für einen EU-Austritt gestimmt haben. Etwa die Hälfte der konservativen Abgeordneten befürwortete einen EU-Verbleib, und circa die Hälfte ihrer Wahlkreise unterstützte diesen Standpunkt.

Die beiden großen Parteien haben zugesichert, das Ergebnis zu achten; so stehen wir nunmehr vor einer Situation, in der eine politische Klasse Verhandlungen aufnimmt, um etwas zu erreichen, wovon sie im Grunde überzeugt ist, dass es nicht im Interesse der Menschen liegt, die sie vertritt.

Derzeit sind beide Parteien mit internem Aufruhr konfrontiert: die regierenden Konservativen bei dem Verfahren der Wahl einer neuen Führungsfigur, während die Labour-Partei in einer internen Krise steckt, weil drei Viertel ihrer Abgeordneten ihrem Parteiführer das Misstrauen ausgesprochen haben, der jedoch augenscheinlich auf die Unterstützung der Parteibasis zählen kann.

Es hat den Anschein, dass ernsthafte Verhandlungen nicht vor Ende dieses Jahres aufgenommen werden, die sich jedoch bis zur nächsten Europawahl 2019 oder sogar noch länger hinziehen könnten. Derzeit dürfte im Vereinigten Königreich eine Periode des allmählichen Konjunkturrückgangs und sinkender Investitionen anbrechen. Ironischerweise werden die Menschen, die für einen Austritt

gestimmt haben, davon am stärksten betroffen sein, weil sie bereits am Rande der Gesellschaft stehen und den Verlust an Arbeitsplätzen und den Abschwung aller Wahrscheinlichkeit nach zu spüren bekommen.

Das übrige Europa kann daraus zweierlei Lehren ziehen. Die einfache Lehre ist, dass Referenden gefährlich sind, wenn dabei die öffentliche Meinung getestet werden soll. Dies ist der Grund, weswegen sie in der deutschen Nachkriegsverfassung ausdrücklich verboten wurden. Clement Attlee, Premierminister in der Nachkriegszeit, wies bekanntlich darauf hin, dass Referenden, wie sie bei Hitler und Mussolini abgehalten wurden, sehr gefährlich seien.

Meine Befürchtung ist, dass sich das im Vereinigten Königreich zustande gekommene Ergebnis großteils wiederholen würde, wenn die Völker Europas diesem Weg weiter folgten. Die zweite Lehre lautet folglich, dass die Politiker Mut fassen und gelegentlich vor ihre Wähler treten müssen, um zu erklären, dass ihrer Überzeugung nach mancherlei Dinge schlicht zu wichtig sind, als dass sie den Anwendungen der Medien und Demagogen überlassen werden dürften.

Lord Richard Balfe

FMA Vizepräsident

Großbritannien

PES (1979-2002)

EPP-ED (2002-2004)

richard.balfe@balfes.com

Das Übereinkommen von Paris: ein neues Kapitel im weltweiten Kampf gegen den Klimawandel

Die Annahme des Übereinkommens von Paris im letzten Dezember stellt einen wichtigen Wendepunkt im internationalen Kampf gegen den Klimawandel dar. Wir haben erreicht, was viele für unmöglich hielten: ein universelles und rechtlich bindendes Klimaübereinkommen. Europa kann sehr stolz auf seine Rolle bei der Ermöglichung dieses historischen Übereinkommens sein.

Bei der feierlichen Unterzeichnung bei den Vereinten Nationen, haben 175 Vertragsstaaten einen neuen Weltrekord aufgestellt: Nie zuvor wurde ein internationales Übereinkommen bereits am ersten Tag von so vielen Staaten unterzeichnet. Das verdeutlicht, dass weltweit der politische Wille vorhanden ist, die in Paris gegebenen Versprechen einzuhalten.

Die EU ist fest entschlossen, die Dynamik und den Geist von Paris aufrechtzuerhalten und dafür zu sorgen, dass das Übereinkommen von Paris frühzeitig und zügig umgesetzt wird. Ein Vorschlag zur Ratifizierung durch die Europäische Union liegt dem Europäischen Parlament und dem Rat bereits zur Prüfung vor. Die Mitgliedstaaten unternehmen außerdem Schritte, um das Übereinkommen auf einzelstaatlicher Ebene im Einklang mit ihren nationalen Verfahren zu ratifizieren.

Währenddessen arbeiten wir mit vollem Einsatz an den Vorbereitungen für die Umsetzung unserer in Paris eingegangenen Verpflichtungen. Die EU hat sich gemäß der Vereinbarung von EU-Politikern im Oktober 2014 das verbindliche Ziel gesetzt, die gesamtwirtschaftlichen heimischen Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 40 % zu senken. Wir wissen, dass wir dieses Ziel erreichen können; schließlich konnten die EU-weiten Emissionen im Wege einer umfassenden Klima- und Energiepolitik zwischen 1990 und 2014 um fast ein Viertel (24,4 %) gesenkt werden, während unsere Wirtschaft um fast 50 % (48 %) gewachsen ist.

Der Übergang zu einem emissionsarmen Wirtschaftsmodell

Das Übereinkommen von Paris setzt ein deutliches Zeichen für Investoren, Unternehmer und Politiker und zeigt, dass der weltweite Übergang hin zu umweltfreundlichen Energieträgern unumkehrbar und unaufhaltbar ist. Das gemeinsame Ziel einer Begrenzung der Erderwärmung kann nur erreicht werden, wenn der Übergang zu einer emissionsarmen Weltwirtschaft rasch vollzogen wird. Dieser Übergang wird Investitionen und Innovationen auf dem Gebiet der erneuerbaren Energieträger fördern und das Wachstum auf den Märkten für Waren und Dienstleistungen aus der EU z. B. im Bereich der Energieeffizienz ankurbeln.

Schätzungen der Internationalen Energie-Agentur zufolge wird eine vollständige Umsetzung der einzelstaatlichen Klimavorhaben, die im Vorfeld der Pariser Klimakonferenz vorgestellt wurden, dazu führen, dass in den nächsten 15 Jahren 13,5 Billionen US-Dollar in energieeffiziente und emissionsarme Technologien investiert werden. Dies wird eine Neugewichtung der in verschiedene Energiequellen und Bereiche getätigten Investitionen zur Folge haben. Es ist davon auszugehen, dass die Investitionen in erneuerbare Energieträger bis 2030 fast das Dreifache der Investitionen in mit fossilen Brennstoffen betriebene Kraftwerke betragen werden und dass Investitionen im Bereich der Energieeffizienz – geführt von der Verkehrs- und Baubranche – voraussichtlich den Investitionen in anderen Bereichen des Energiesystems entsprechen werden.

Die gute Nachricht ist, dass in dem Übereinkommen von Paris klare Schritte zu einer Anpassung der weltweiten politischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels festgelegt sind. Mehr als 90 Länder haben erklärt, sie beabsichtigten, marktgestützte Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Ziele zu erreichen.

Die Erfahrungen der EU können für unsere internationalen Partner wertvoll sein. Wir teilen bereits jetzt unsere in zehn Jahren mit dem EU-Emissionshandelssystem (EU EHS) gesammelte Erfahrung mit anderen Ländern wie z. B. China, da sich dieses Land darauf vorbereitet, einen nationalen CO²-Markt einzuführen. Unsere Zusammenarbeit mit China, in deren Rahmen seit 2014 die Durchführung von sieben regionalen Pilotprojekten unterstützt wurde, soll vertieft werden und wird für weitere drei Jahre während der Phase der nationalen Einführung verlängert.

Mit gutem Beispiel vorangehen

Die Europäische Union hat bereits die ersten Schritte unternommen, um ihre im Rahmen des Pariser Übereinkommens eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten, wobei dem Europäischen Parlament in seiner Funktion als Mitgesetzgeber eine entscheidende Rolle zukommt. Wir haben diesen Prozess schon vor der Pariser Klimakonferenz begonnen, und es liegt bereits ein Legislativvorschlag zur Überarbeitung und Stärkung des EU EHS vor. Damit soll sichergestellt werden, dass die Energiebranche und energieintensive Industriezweige die erforderlichen Emissionssenkungen erreichen, und es sollen Investitionen, die den langfristigen Emissionszielen der EU dienen, gefördert werden.

Innovationen sind für die Umstellung auf eine Energiegewinnung mit geringen CO²-Emissionen entscheidend. Der von der Kommission im Zusammenhang mit dem Emissionshandelssystem der EU vorgeschlagene Innovationsfonds wird Forschungsinitiativen ergänzen, um großmaßstäbliche Demonstrationsvorhaben im Bereich innovativer Technologien in der EU zu fördern.

Die ehrgeizigen Ziele der EU zur Senkung der Emissionen werden durch die gemeinsamen Anstrengungen aller Mitgliedstaaten erreicht. In diesem Jahr werde ich den grundlegenden noch ausstehenden Legislativvorschlag für die Durchführung des Rahmens für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 vorlegen. Dieser umfasst Vorschläge für nationale Ziele in den Bereichen, die nicht unter das EU EHS fallen. Darüber hinaus umfasst er die notwendigen Vorschläge für politische Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Energieeffizienz zu einem Schwerpunktthema wird und um die Rolle der EU als Vorreiter im Bereich der erneuerbaren Energieträger zu untermauern.

Ausblick

In Paris wurde nicht das Ende des Weges erreicht, sondern es wurde vielmehr ein neues Kapitel in der weltweiten Klimapolitik aufgeschlagen. In nur wenigen Monaten werden sich die Staaten in Marrakesch erneut versammeln, um ein ausführliches Regelwerk für die Durchführung des Übereinkommens von Paris zu erarbeiten.

Unter anderem soll darin das schrittweise Anheben der Ziele geregelt werden. Dies ist für das Erreichen des langfristigen Temperaturziels der EU entscheidend. Außerdem soll es Transparenzbestimmungen enthalten, damit die vollzogenen Fortschritte zurückverfolgt werden können und damit die notwendigen Kapazitäten geschaffen werden, um Entwicklungsländern dabei zu helfen, ihre eigenen Klimavorhaben umzusetzen.

Vor uns liegt ein weiter Weg, aber wir bewegen uns in die richtige Richtung. Unsere Anstrengungen im Kampf gegen den Klimawandel haben sich gelohnt. 2015 sind die Emissionen im zweiten Jahr in Folge nicht weiter angestiegen – der Internationalen Energieagentur zufolge ist dies hauptsächlich auf den starken Anstieg der weltweiten Nutzung erneuerbarer Energieträger zurückzuführen.

Auf diesem Erfolg müssen wir aufbauen. Künftige Generationen sind darauf angewiesen, dass wir unsere Pflicht erfüllen. Wir dürfen sie nicht enttäuschen.

von Miguel Arias Cañete, für Klimapolitik und Energie zuständiges Mitglied der Kommission

Twitter:@MAC_europa

cab-arias-canete-archives@ec.europa.eu

Übergang von der reinen Abfallbewirtschaftung – hin zu einer wirklich umweltfreundlichen Wirtschaft

Der Ressourcenverbrauch ist heute alles andere als nachhaltig; dadurch gerät der Planet Erde stark unter Druck. Folglich müssen wir den Übergang zu einer umweltfreundlichen Kreislaufwirtschaft bewerkstelligen, indem wir – über die Vorgaben der Abfallrichtlinien hinaus – den Schwerpunkt auf Ökodesign, Innovation und Investitionen legen. Die Forschung beflügelt nicht nur Innovationen in der Produktion, sondern treibt auch neue Geschäftsmodelle und Finanzierungsmechanismen voran.

Im vergangenen Jahr schlug die Europäische Kommission ein neues Legislativpaket zur Kreislaufwirtschaft vor. Es deckt verschiedene Stufen eines erweiterten Produktlebenszyklus ab, von der Produktion und dem Verbrauch bis hin zur Abfallbewirtschaftung und zum Markt für sekundäre Rohstoffe. Von den vorgeschlagenen Maßnahmen profitieren Umwelt und Wirtschaft gleichermaßen, außerdem lässt sich damit zum einen die größtmögliche Wertschöpfung erzielen und zum anderen der größtmögliche Nutzen aus allen Rohstoffen, Erzeugnissen und Abfällen ziehen. Gleichzeitig werden Energieeinsparungen gefördert und die Treibhausgasemissionen gesenkt.

Im Laufe der letzten Jahrzehnte haben sich die Rechtsvorschriften zum Schutz der Umwelt weiter entwickelt – weg von themengebundenen Ansätzen hin zu stärker integrierten und systemischen Ansätzen. Das Paket zur Kreislaufwirtschaft ist eines der aktuellsten Beispiele für diese integrierte Vorgehensweise in der Politik und sicher ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu dem Ziel der Europäischen Union „Gut leben innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten“.

In unserem Bericht „Die Umwelt in Europa: Zustand und Ausblick 2015“ wird betont, vor welcher Herausforderung wir Menschen im Hinblick auf die Nachhaltigkeit stehen. Wir verbrauchen und bauen mehr Ressourcen ab, als unser Planet zu einem bestimmten Zeitpunkt ersetzen kann, und das nicht nur in Europa, sondern auch weltweit. Einerseits trägt die Wirtschaft mit ihren Tätigkeiten zum Wohl der Menschen und zur Senkung der Armut bei. Andererseits wird dadurch die Umwelt verschmutzt, der Planet erwärmt sich und die menschliche Gesundheit nimmt Schaden, während die Erde gleichzeitig immer weniger in der Lage ist, uns zu versorgen. Der Klimawandel und die Prognosen über

das Bevölkerungswachstum machen umfassende, sofortige Maßnahmen erforderlich, und zwar dringender denn je.

Immerhin gibt es ermutigende Zeichen: Die EU hat begonnen, das Wirtschaftswachstum vom Energie- und Materialverbrauch abzukoppeln. Die Europäer recyceln einen erheblich größeren Anteil ihrer Siedlungsabfälle und lagern weniger Müll auf Deponien ab. Bestimmte Ökobranchen (z. B. das Streben nach erneuerbarer Energie, Abwasseraufbereitung, Luftreinhaltung usw.) sind in den vergangenen zehn Jahren stark gewachsen. Dadurch wurden trotz der jüngsten Rezession Arbeitsstellen geschaffen.

Weniger Abhängigkeit von Rohstoffen

Ziel einer Kreislaufwirtschaft ist es, den „Zufluss“ neuer (insbesondere nicht erneuerbarer) Ressourcen zu senken, die Ressourcen in der Wirtschaft möglichst umfassend zu nutzen, wiederzuverwenden und aufzubereiten und den „Abfluss“ von Emissionen und Abfall zu minimieren.

Die Botschaft ist klar: Eine mögliche Verringerung der Abfallmengen könnte der Wirtschaft, aber auch der menschlichen Gesundheit sehr zugutekommen. Die weitere Verwendung bereits abgebauter Ressourcen würde nicht nur die Abhängigkeit von (im Inland abgebauten oder importierten) Rohstoffen verringern, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit fördern und gleichzeitig Umweltbelastungen reduzieren. Die Untersuchung der EUA hat ergeben, dass sich in vielen europäischen Staaten gerade ein Bewusstsein dafür herausbildet, welche wirtschaftlichen Vorteile es bringt, materielle Ressourcen wie Metalle, fossile Brennstoffe und Mineralien effizienter zu nutzen.

Wenn die wirtschaftlichen Zu- und Abflüsse minimiert werden sollen, kommt es darauf an, Abfall zu vermeiden, Recycling zu betreiben und allgemein die Abfälle besser zu bewirtschaften. Den Materialkreislauf zu schließen, reicht jedoch nicht aus, wenn es erst gar nicht zu weiteren Auswirkungen auf die Umwelt und die Gesundheit und das Wohl der Menschen kommen soll. Ansätze im Sinne einer Kreislaufwirtschaft müssen über die Abfallbewirtschaftung hinausgehen und den Übergang zu einer umweltfreundlichen Wirtschaft ermöglichen. Wir müssen die Art, wie wir Waren produzieren, verbrauchen und entsorgen, überdenken.

Ökodesign – das Potenzial nutzen

An erster Stelle steht das Ökodesign, zumal es unerlässlich ist, um das Recyclingpotenzial zu steigern und die Produktlebensdauer zu verlängern. Wir können Produkte so gestalten, dass sie leicht zu reparieren sind, dass nur die defekten Teile ersetzt werden müssen und ihre Bestandteile sich einfach trennen lassen, damit sie dann optimal recycelt werden können.

Zudem müssen wir gesundheits- und umweltbezogene Aspekte der Materialien berücksichtigen, die wir für unsere Erzeugnisse verwenden. Ökodesign könnte außerdem helfen, Materialien mit sehr umweltschädlichen Auswirkungen durch bessere Alternativen zu ersetzen. Beispielsweise ist klar, dass eine Exposition gegenüber gesundheitsschädlichen Chemikalien ein ernstes Gesundheitsproblem darstellt. Wir können saubere Stoffkreisläufe einführen, damit Menschen nicht

gesundheitsschädlichen Stoffen ausgesetzt sind und damit die Umweltsysteme vor der Verschmutzung durch Chemikalien geschützt werden.

Ebenso lassen sich Materialien auf biologischer Basis, wie z. B. Holz, Pflanzen oder Fasern, vielfältig einsetzen, in Erzeugnissen ebenso wie im Energiebereich. Das Potenzial für die Umstellung auf biobasierte Rohstoffe sollte jedoch im Hinblick auf die Auswirkungen auf verbundene Ökosysteme und die Gesundheit untersucht werden: Es gibt u. a. Obergrenzen für die Waldbewirtschaftung, und durch die Verbrennung von Holz zur Energiegewinnung könnte die Luftqualität schlechter werden.

Investitionen zur Förderung von Innovation

Ökoinnovationen und Forschung zur Förderung innovativer Lösungen sind wesentlich für einen Wechsel zu einer Kreislaufwirtschaft. Innovation ist nicht nur auf Produktionsverfahren beschränkt, auch neue Geschäftsmodelle könnten gefördert und unterstützt werden. Es gibt zahlreiche Beispiele für innovative Lösungen, bei denen Leistungen angeboten werden, anstatt Erzeugnisse zu verkaufen: Man benötigt beispielsweise nicht zwingend ein eigenes Auto, um sich fortzubewegen. Solche auf Zusammenarbeit fußenden Geschäftsmodelle, bei denen die Bereitstellung von Leistungen im Vordergrund steht, könnten von neuen Finanzierungsmechanismen profitieren, da Investitionen und Gewinne mit der Zeit unterschiedlichen Mustern folgen.

Ökoinnovation wird zwar schon jetzt mit öffentlichen Mitteln aus ganz Europa unterstützt, diese können aber in der Zukunft eine noch wichtigere Rolle spielen. Investitionen in die Infrastruktur, Forschung und Städte könnten darauf ausgerichtet werden, den Übergang zu einer umweltfreundlichen Wirtschaft zu bewerkstelligen. Eine formulierte Verpflichtung zur Nachhaltigkeit mit einem klaren Finanz- und Regelungsrahmen wäre das passende Signal für alle Beteiligten.

Klar ist, dass der Weg hin zu einer umweltfreundlichen Kreislaufwirtschaft Vorteile für einige Gruppen und Bereiche bringen wird, während andere unter Druck geraten. Die politischen Entscheidungsträger müssen daher auch bedenken, wie sich für alle – in Europa wie auch weltweit – gleiche Bedingungen herstellen lassen, und müssen den notwendigen sozioökonomischen Übergang mit unterstützenden Maßnahmen erleichtern und steuern.

Professor Hans Bruyninckx

Geschäftsführer

Europäische Umweltagentur

@EUEnvironment

Ernst machen mit der Klimapolitik: Emissionshandel in China und der EU

Dass man sich in Paris auf ein globales Übereinkommen zur Bekämpfung des Klimawandels geeinigt hat, ist nicht nur ein Meilenstein für den Klimaschutz, sondern auch für die internationale Zusammenarbeit. Den führenden Wirtschaftsnationen ist klar geworden, dass sie an einem Strang ziehen müssen, wenn sie ein gemeinsames Ziel erreichen und gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen wollen. Mit der Festlegung eines Rahmens eher abstrakter Ziele zur Begrenzung der Erderwärmung und zur Verringerung der Treibhausgasemissionen ist zwar ein erster Schritt getan, doch erst mit der Umsetzung des Übereinkommens von Paris in eine konkrete nationale Politik wird sich zeigen, wie weit das politische Engagement der Unterzeichnerstaaten wirklich reicht. Während das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union noch eine Debatte darüber führen, wie das System des Handels mit Emissionszertifikaten (ETS) der EU reformiert werden soll, lohnt auch ein Blick nach China: Dass das Land die Entwicklung eines nationalen Systems für den Handel mit Emissionszertifikaten anstrebt, ist ein vielversprechendes Zeichen für die weltweite Klimapolitik und dürfte nicht zuletzt die Industrie- und Klimapolitik der EU entscheidend beeinflussen.

Vom Nachzügler beim Klimaschutz zum Vorreiter bei sauberen Technologien

China galt häufig als der schlimmste Umweltsünder weltweit, zumal der Schwerpunkt der chinesischen Politik auf dem Wirtschaftswachstum lag, nicht auf dem Umwelt- und Klimaschutz. Das ändert sich zusehends, wie unter anderem der im März veröffentlichte 13. Fünfjahresplan der Volksrepublik und die Rolle Chinas auf dem letztjährigen Klimagipfel in Paris zeigen. Einst ein Land, das sich dem weltweiten Fortschritt bei Bemühungen um den Klimaschutz in den Weg gestellt hat, ist China nun ein wichtiger und konstruktiver Partner in der Außenpolitik und der weltweiten Klimapolitik. Das Land hat bereits bekanntgegeben, das Übereinkommen von Paris im Laufe von 2016 ratifizieren zu wollen – und wäre damit wahrscheinlich die erste weltweit führende Wirtschaftsnation, die das tut.

Zugegeben: Die Ziele des Aktionsplans zur Klimapolitik, den China vor dem Klimagipfel in Paris vorgelegt hatte, waren nicht sonderlich hochgesteckt. Das Land versprach zwar, die CO₂-Intensität zu senken, nannte aber keine absoluten Zahlen. Vielmehr soll der CO₂-Ausstoß je BIP-Einheit bis 2030 um 60 bis 65 Prozent gegenüber 2005 verringert und gleichzeitig das Kohlenstoffspeichervermögen der chinesischen Wälder erhöht werden. Noch wichtiger ist allerdings, dass die Treibhausgasemissionen in China in den nächsten Jahren (und höchstwahrscheinlich noch vor 2030) ihren Höchststand erreichen werden.

Mit seinem Klimaversprechen hat China ein eindeutiges Zeichen dafür gesetzt, dass erneuerbare Energiequellen und saubere Technologien für das weitere Wachstum des Landes eine maßgebliche Rolle spielen werden. Innenpolitisch schlägt sich das im Fünfjahresplan nieder. Bereits 2015 wurde in China genau so viel in erneuerbare Energiequellen investiert wie in den Vereinigten Staaten und Europa zusammen. Die chinesische Regierung würde bei diesem Rennen um Investitionen in bzw. Forschung und Entwicklung von Technologien mit geringem CO₂-Ausstoß nur allzu gern in Führung gehen. Bis 2030 will China 800 bis 1 000 GW seines Energieverbrauchs mit Energie decken, die nicht aus fossilen Brennstoffen gewonnen wird. Das entspricht in etwa der gesamten Stromerzeugungskapazität Europas. Mit ähnlichen Investitionen in ein modernes Stromnetz soll diese saubere Energie besser verteilt werden. Darüber hinaus wird es insbesondere in den Städten zu einer

Verbesserung der Luftqualität kommen, da sich die Zahl der Elektroautos, die auf den chinesischen Straßen unterwegs sind, bis 2020 verzehnfachen wird.

Ein chinesisches Emissionshandelssystem

Neben den Bemühungen um einen umweltverträglicheren Verkehr und eine sauberere Energieversorgung mit den entsprechenden Investitionen versucht China auch, seine gewaltigen Industrieemissionen zu reduzieren. China ist der größte Verursacher von Treibhausgasemissionen weltweit. Dass China nun für die Bekämpfung des Klimawandels eintritt, ist daher ungemein bedeutend.

Seit 2013 sind in fünf Städten und zwei Provinzen in China Pilotprojekte zur Einführung eines Systems zum Handel mit Emissionszertifikaten angelaufen. Die Systeme in den Provinzen Guangdong und Hubei sind weiter fortgeschritten als die in den Städten, zumal sie zahlenmäßig viele Emissionen abdecken. Guangdong etwa hat 80 Millionen Einwohner und kann durchaus mit einem Land wie Deutschland verglichen werden, auch was die Emissionen und die Wirtschaftstätigkeit betrifft. Die Pilotprojekte beruhen weniger auf einem System der Versteigerungen und des Handels als vielmehr auf einem der Zuteilung, das dem frühen System der EU nicht unähnlich ist, in dem ein großer Teil der Zertifikate Energie- und Industrieanlagen zugeteilt wurde. Doch anders als im System der EU kommt bei einigen Pilotprojekten ein Preisregulierungssystem zum Einsatz, mit dem sichergestellt werden soll, dass der CO₂-Preis nicht zu stark ansteigt bzw. nicht unter eine gewisse Schwelle fällt. Wie der EU stellt sich auch der chinesischen Regierung die Frage, wie hoch der CO₂-Preis sein muss, damit Investitionen getätigt werden und zugleich so viel produziert wird, dass die Wirtschaft weiter wächst.

Zusammenarbeit zwischen der EU und China

Trotz des Übereinkommens von Paris liegt der Traum von einem globalen CO₂-Markt derzeit wohl noch in weiter Ferne. Mit der Entwicklung nationaler oder regionaler Systeme, die miteinander kompatibel oder zumindest vergleichbar sind, ist jedoch ein erster Schritt hin zu gleichen Wettbewerbsbedingungen getan. Bei der Entwicklung ihrer Handelssysteme arbeiten die EU und China eng zusammen. Um bestimmte Fehler zu vermeiden, haben Chinas offizielle Vertreter die EU ersucht, ihre Erfahrungen mit der Einführung eines Emissionshandelssystems an sie weiterzugeben. Wenn der Emissionshandel in China erst einmal Realität geworden ist und das europäische System funktioniert, wird sicherlich ein Wandel der globalen Wettbewerbsbedingungen eingeläutet.

Jo Leinen MEP

Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu der Volksrepublik China

Twitter: @jo_leinen

jo.leinen@europarl.europa.eu

UMWELT:

von Zerstörung und Wunschdenken

zu einer neuen Nachhaltigkeit

Niemand weiß, ob sich zwischen Zerstörung (im Namen des Wachstums) und konservativem Wunschdenken (im Namen des Umweltschutzes) ein Weg findet, damit wir weiter auf unserem Planeten leben können.

Diese beiden gegensätzlichen Bestrebungen sind stark und neutralisieren einander in ewigen Patt-Situationen, die die Namen der Hauptstädte tragen, die Veranstaltungsort der jeweiligen Konferenzen sind (Rio de Janeiro, Kyoto, Doha, Paris).

Einiges steht jedoch unverrückbar fest:

In Peking kann man nicht atmen.

Der Regenwald am Amazonas und die Wälder am Äquator und in Sibirien sind stark dezimiert worden, weil wahllos gerodet wird.

In den Ozeanen treiben tausende Tonnen Plastik und andere Abfälle, die nicht biologisch abbaubar sind, das Leben von Fischen, Walen, Pflanzen und Plankton gefährden und so das ökologische Gleichgewicht der Meere verändern.

Durch das Schmelzen der Polkappen verschiebt sich die Erdachse.

Die 1860 begonnene industrielle Förderung von Erdöl (das seit der Antike bekannt ist und genutzt wird) geht zu Ende, weil ab Überschreitung des Fördermaximums voraussichtlich lediglich Vorkommen von 1,6 Millionen Barrel bleiben, die noch vor 2100 erschöpft sein werden.

Während der Verbrauch irdischer Ressourcen 1970 noch dem Bedarf entsprach, war der „Tag der ökologischen Überschuldung“ 2011 bereits am 27. September, 2014 am 19. August und 2015 am 13. August erreicht – und dieser Trend setzt sich fort, denn bisher gibt es keinerlei Anzeichen für eine Veränderung.

Gleichzeitig wird ein Drittel der gekauften Lebensmittel nicht verbraucht und wandert in den Müll, während 800 Millionen Menschen Hunger leiden.

Die Zahl der Tornados und Taifune, die die Küsten der USA und Asiens verwüsten, ist gestiegen, weil der Klimazyklus aus dem Gleichgewicht geraten ist.

Dies sind nur einige unbestreitbare Fakten, die unweigerlich zu zwei Fragen führen: Was sind die Ursachen dieser Erscheinungen, und können wir etwas tun, um diese immer bedrohlichere Entwicklung aufzuhalten oder zu korrigieren?

Selbst der Papst wollte mit seiner „LAUDATO SI“ eine klare Botschaft nicht nur an die Regierenden der Welt, sondern auch an Führungskräfte aus der Wirtschaft und die Chefetagen der Finanzbranche, an Bürger und Familien senden und wies mit dieser Enzyklika den Weg für eine auf der Achtung der Schöpfung beruhende Kontrolle der Abläufe.

Wir haben einen Punkt erreicht, an dem die Frage, wie wir den stets missbräuchlich verwendeten Begriff „Nachhaltigkeit“ inhaltlich füllen wollen, keinen Aufschub mehr duldet.

Nachhaltigkeit muss als umfassendes, integriertes Konzept verstanden werden, das nicht allein auf das Leben des Menschen reduziert ist, sondern dieses Leben in den Kontext jenes komplexen Systems stellt, das Voraussetzung dafür ist, dass die Erde sich weiter dreht – die Erde, ein Planet des Sonnensystems (denn schon bald werden wir künstlichen Müll aus dem Weltraum schaffen müssen) in der Milchstraße, einer 150 Milliarden Sterne zählenden mittelgroßen Galaxie von ca. 14 Milliarden weiteren Galaxien, um nur jene zu nennen, die wir mit derzeit verfügbaren Hilfsmitteln sehen können – es könnten also auch unendlich mehr sein!

Ich habe diese Zahlen genannt, um zu zeigen, wie abhängig wir von diesem komplexen System sind, das unser Leben bestimmt und uns als intelligente Wesen vor die Herausforderung stellt, unser Leben in diesen Kontext einzupassen, ohne uns einzubilden, die alleinigen Schöpfer aller Vorgänge auf dieser Welt zu sein.

Der Respekt vor der Natur in ihrer Einzigartigkeit, Variabilität, evolutionären Dynamik, ihrer biologischen Vielfalt und ihrem Artenreichtum wird zum kategorischen Imperativ, dem wir uns nicht entziehen können.

Die Natur hat ihre eigene Ethik, die wir als intelligente Wesen unbedingt achten müssen.

Nachhaltigkeit lässt sich jedoch nicht an den vorgeblichen Bedürfnissen der Menschheit messen. Ihr Maß sind die natürlichen Kapazitäten des Planeten, neue Ressourcen hervorzubringen, sowie die Intelligenz seiner Bewohner, alternative, erneuerbare Ressourcen oder sogar Verfahren zu entwickeln, die eine Renaturalisierung des Planeten ermöglichen.

Die Nachhaltigkeit, an die ich denke, setzt beim Lebensstil jedes Einzelnen an. Sie ist erreicht, wenn unser Konsumverhalten vom Grundsatz der „Lebensnotwendigkeit“ getragen ist.

Vitaliano Gemelli

EPP, Italien (1999-2004)

ninogemelli@libero.it

CO2-ABSCHEIDUNG

Angesichts der mahnenden Worte des Weltklimarats der Vereinten Nationen (IPCC) werden Maßnahmen ergriffen, um dem globalen Klimawandel entgegenzuwirken. Die IPCC-Berichte genießen auf diesem Gebiet höchste Autorität, doch ist es erstaunlich, wie selektiv die Wahrnehmung von Entscheidungsträgern sein kann. Einige Ansichten des Weltklimarats scheinen den Regierungen einfach zu unangenehm zu sein, um sie ernst zu nehmen.

Im IPCC-Synthesebericht von 2014 hätte kaum deutlicher gemacht werden können, wie dringend der Einsatz von CCS-Technologien (carbon capture and storage) ist. Ohne die Abscheidung und Speicherung von CO₂ werden die Kosten für die Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, um die CO₂-Werte so gering zu halten, dass die Temperaturen allenfalls um 2°C steigen, sich nicht nur mehr als verdoppeln, sondern auch als unwirksam und ungenügend erweisen. Aus diesem Grund sollten CCS-Verfahren höchste Priorität in Europa haben, doch werden sie von den meisten Mitgliedstaaten kaum in Betracht gezogen.

Erdöl- und -Erdgasunternehmen ist diese bewährte Technologie wohl vertraut, deren einziger Zweck es ist, zu verhindern, dass CO₂ von mit fossilen Brennstoffen betriebenen Kraftwerken und Industrieanlagen in die Atmosphäre gelangt. In Kombination mit der Verbrennung von Biomasse kann so der bereits in der Atmosphäre bestehende CO₂-Gehalt reduziert werden. Weltweit wurden 21 CCS-Projekte im Industriemaßstab umgesetzt, doch davon befinden sich nur zwei in Europa – beide in Norwegen. Seit Inbetriebnahme im Jahr 1996 wurden in den beiden Anlagen gemeinsam etwa 20 Millionen Tonnen CO₂ sequestriert, das auf Offshore-Erdgasplattformen vom Methan abgetrennt und dann in Gesteinsschichten tief unter der Nordsee eingebracht wurde. Die Lagerung ist sicher und dauerhaft.

Im März 2007 sprach sich der Europäische Rat dafür aus, bis 2015 europaweit bis zu zwölf CCS-Demonstrationsprojekte in Betrieb zu nehmen. Daraufhin stellten potenzielle Projektentwickler eine Vielzahl von Vorschlägen für CCS-Vorhaben vor, für keine von denen allerdings bisher eine Baugenehmigung erteilt wurde. Diese Untätigkeit ist größtenteils auf die fälschliche Annahme zurückzuführen, dass die CO₂-Preise des Emissionshandelssystems der EU ausreichen würden, um private Investoren für CCS-Vorhaben zu gewinnen. Im Nachhinein ist es erstaunlich, dass wir zwar eingesehen haben, dass erneuerbare Energien erheblicher Subventionen bedürfen, nicht jedoch, dass dies auf für den Einsatz von CCS-Verfahren gilt. Für kosteneffiziente CCS-Lösungen ist ein beträchtliches Netz aus Fernleitungen und Speicherstätten nötig, doch unterliegen die dafür bereitgestellten EU-Fördermittel besonderen Beschränkungen und reichen zudem nicht aus.

Die einzige nennenswerte CCS-Demonstrationsanlage, die auf eine letztlich positive Investitionsentscheidung hoffen lässt, ist das niederländische ROAD-Projekt (Rotterdam Oplag en Afvang Demonstratieproject) in einem neuen Kohlekraftwerk in Rotterdam. Neben den Fördermitteln von E.ON und GDF Suez sagten die niederländische Regierung und die Europäische Kommission sowie Norwegen, Frankreich und Deutschland dem Projekt ihre finanzielle Unterstützung zu. Paradoxe Weise ist das Vereinigte Königreich einer der größten Befürworter der CCS-Technologie, die hier zwar parteiübergreifend auf Zustimmung trifft, wo aber dennoch die beiden am weitesten fortgeschrittenen Projekte aufgrund von staatlichen Kürzungen schließlich vereitelt wurden und wo die Regierung seit der Brexit-Entscheidung in der EU-Politik nichts mehr zu sagen hat.

Die Bedeutung der CCS-Technologie wird vielen Mitgliedstaaten wohl erst klar werden, wenn sie eine nationale Strategie für eine kohlenstoffarme Zukunft für das Jahr 2050 und darüber hinaus erstellen müssen. Um die Ziele der EU kostengünstig zu erreichen und nicht zuletzt um Elektroautos antreiben, sind offensichtlich einerseits wenigstens einige neue Wärmekraftwerke, die in Kombination mit auf erneuerbaren Energien beruhenden Systemen eingesetzt werden, und andererseits rechtliche Auflagen nötig, die für geringe CO₂-Emissionen dieser Anlagen sorgen. Zur Beheizung von Gebäuden wird man Methan in Wasserstoff umwandeln und das bei diesem Prozess entstehende CO₂ abscheiden und sequestrieren müssen. Europa verfügt über die notwendigen geologischen Voraussetzungen, um dieses Verfahren über die nächsten Jahrhunderte hinweg anwenden zu können, doch die nötige Infrastruktur kann nur mithilfe öffentlicher Gelder geschaffen werden.

Die EU ist unfähig, CCS-Verfahren zu entwickeln, weil es ihr nicht gelungen ist, das nötige Engagement und die Handlungsbereitschaft von politischen Entscheidungsträgern sicherzustellen. CCS-Befürworter waren nicht in der Lage, zu zeigen, dass die Technologie zuverlässig und ihr Einsatz unbedingt notwendig ist. Es wird so gut wie keine Lobbyarbeit für CCS betrieben, und die Europäische Kommission schreckt vor dieser Herausforderung zurück. Doch wenn uns der Weltklimarat tatsächlich den richtigen Weg zeigt, sollten wir seine Worte auch beherzigen. Wir müssen uns bereitwillig auf CCS-Technologien einlassen, wenn wir den Klimawandel bekämpfen wollen und unsere Wirtschaft gleichzeitig wettbewerbsfähig bleiben soll.

Chris Davies

ALDE, Vereinigtes Königreich (1999-2014)

chrisdavies@greenfield.org.uk

Ein heißes Thema: Die Arktis

FP-AP veranstaltete im Juni ein Seminar zum Thema Globale Erwärmung und Arktis mit sechs führenden Wissenschaftlern in Stockholm. Die Arktis ist als höchst empfindliche Region stark von Klimaveränderungen betroffen. Die meisten Wissenschaftler gehen davon aus, dass die aktuellen Veränderungen dort ein Vorbote dessen sind, was auf den Rest der Welt noch zukommt.

125 Jahre lang haben sich Wissenschaftler in speziellen Programmen mit der Erforschung der Arktis und der Antarktis auseinandergesetzt.

Im Rahmen des Forschungsprogramms Internationales Polarjahr 2007/2008 setzten sich Wissenschaftler aus aller Welt mit der Frage nach den Ursachen der Klimaveränderungen auseinander.

Auch zuvor hatte es schon solche Programme gegeben. Das erste derartige Forschungsprogramm wurde in den Jahren 1882 und 1883 durchgeführt. Damals wollte der Österreicher Karl Weyprecht meteorologische Forschungen durchführen und erkannte, dass die Erkundung der Arktis internationale Zusammenarbeit erfordern würde.

Während des Zweiten Internationalen Polarjahres 1932/1933 errichteten Wissenschaftler aus 40 Ländern in der Arktis und der Antarktis für die Untersuchung der dortigen Wetterphänomene dauerhafte Beobachtungsstationen.

In den Jahren 1957 und 1958 fand das Programm unter dem Namen Internationales Geophysikalisches Jahr statt und dank moderner Technik konnten der Van-Allen-Strahlungsgürtel und die Kontinentalverschiebung nachgewiesen werden.

Im 19. Jahrhundert erkannten Wissenschaftler, dass Gase in der Atmosphäre einen „Treibhauseffekt“ mit Auswirkungen auf die Erdtemperatur verursachen könnten. Um die damalige Jahrhundertwende

berechnete Svante Arrhenius in Schweden, dass die Emissionen aus der Industrie eines Tages für eine globale Erwärmung verantwortlich sein könnten.

Eiskernproben und andere Hinweise auf die klimatischen Verhältnisse in ferner Vergangenheit erlauben den Schluss, dass ein Anstieg der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre mit einem Anstieg der globalen Temperatur einhergeht.

Durch das Handeln des Menschen – besonders durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe, aber auch durch die Rodung von Landflächen – wurde die Konzentration von CO₂, Methan und anderen wärmeabsorbierenden Gasen in der Atmosphäre erhöht. Seit dem Beginn der industriellen Revolution ist die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre um ungefähr 35 % angestiegen.

Aktuell werden rund 80 % des weltweiten Energieverbrauchs über die Verbrennung fossiler Brennstoffe abgedeckt; die CO₂-Emissionen aus diesen Quellen steigen rasant an. CO₂ bleibt jahrhundertlang in der Atmosphäre, und selbst wenn man sofort gezielte Maßnahmen zur Emissionsreduzierung durchführen würde, würden bis zum Höchststand der Konzentration und dem erst danach einsetzenden Rückgang mindestens noch einige Jahrzehnte vergehen. Die Umkehr der Erwärmungstendenz ist ein langwieriger Prozess.

In der Arktis, wo sämtliche Erwärmungstendenzen aufgrund der Veränderungen in der lokalen Wärmeabsorption durch die Eisschmelze noch verstärkt würden, sind bereits Anzeichen einer schnellen Erwärmung zu beobachten. Aus einem Bericht geht hervor, dass das Meereis in den letzten 30 Jahren um 8 % pro Jahrzehnt zurückgegangen ist und die Temperatur in einigen Gebieten Nordalaskas um 3 bis 4 °C angestiegen ist.

Auswirkungen auf die Arktis

In der Arktis ist derzeit eine der schnellsten und stärksten Klimaveränderungen der Neuzeit zu beobachten, die sich auch auf die gesamte Erde auswirken wird. Die Menschen außerhalb der Arktis haben zudem einen großen Anteil an den aktuellen Entwicklungen.

Außerdem haben die besonderen klimatischen Prozesse in der Arktis aufgrund der beschleunigten Erderwärmung und des Anstiegs des Meeresspiegels bedeutsame Auswirkungen auf das globale und das regionale Klima. Doch der Klimawandel wird auch weitreichende Auswirkungen in der Arktis selbst nach sich ziehen. Der Rückgang des Meereises wird höchstwahrscheinlich verheerende Folgen für das Leben der Eisbären, von auf dem Eis lebenden Robben und natürlich auch auf die Menschen haben, für die diese Tiere die primäre Nahrungsmittelquelle sind. Jedoch würde weniger Meereis wahrscheinlich auch den Zugang zu den natürlichen Ressourcen der Region (Öl und Gas) erleichtern und die Möglichkeiten für die Schifffahrt vergrößern.

- Aktuell erwärmt sich das Klima in der Arktis schnell und man rechnet mit noch viel deutlicheren Veränderungen.

Das zunehmende Abschmelzen von Gletschern und Meereis und eine Verkürzung der Schneesaison aufgrund wärmerer Winter sind ein zusätzlicher Beweis dafür, dass sich die Arktis erwärmt.

- Die Erwärmung der Arktis und deren Folgen haben weltweite Auswirkungen.

Das Schmelzen des stark reflektierenden arktischen Schnees und Eises führt zu einem Anstieg der absorbierten Sonnenwärme und somit zu einer weiteren Erwärmung der Erde. Durch das deutlichere Abschmelzen der Gletscher und die damit verbundene größere Menge an abfließendem Wasser wird mehr Frischwasser in die Meere eingespeist und der Meeresspiegel erhöht. Zudem könnten die Meeresströmungen, die Wärme aus den Tropen zu den Polen transportieren, verlangsamt werden, was sich ebenfalls auf das globale und regionale Klima auswirken würde.

- Auch wird sich wahrscheinlich die arktische Vegetation verändern, was weitreichende Folgen nach sich zieht.

Die Baumgrenze wird nach Norden und vertikal nach oben versetzt, ein Teil der aktuell existierenden Tundra durch Wälder verdrängt und die Tundra wiederum in die Kältewüste verschoben.

Durch die längeren und wärmeren Vegetationszeiten könnte auch in nördlicheren Gegenden Landwirtschaft betrieben werden.

- Auch die Vielfalt der Tierarten und deren Verbreitung wird sich verändern.

Der natürliche Meereslebensraum von Eisbären, auf dem Eis lebenden Robben und einigen Seevögeln wird durch das Schmelzen des Meereises drastisch verkleinert, und einige Arten werden unter Umständen ausgerottet.

Karibus/Rentiere und andere Landlebewesen werden durch einen veränderten Zugang zu Nahrung, Brutstätten und gewohnten Migrationsrouten wahrscheinlich mehr Stress ausgesetzt sein.

- Starke Küstenerosionen werden ein zunehmendes Problem darstellen, da durch den erhöhten Meeresspiegel und den Rückgang des Meereises höhere Wellen zu erwarten sind, Sturmwellen öfter die Ufer erreichen, Permafrostböden aufgeweicht werden und somit zusätzlich zu deren Schwächung beigetragen wird. Auch Menschen sind bereits bedroht oder müssen umgesiedelt werden.

- Das Auftauen des Bodens wird den Verkehr beeinträchtigen und negative Auswirkungen auf Gebäude und andere Infrastruktureinrichtungen nach sich ziehen.

Der Verkehr, die Industrie an Land (einschließlich der Förderung von Öl und Gas) sowie selbstverständlich die Forstwirtschaft werden durch die Verkürzung der Zeit, in der Eisstraßen und die Tundra für eine Befahrung ausreichend zugefroren sind, erheblich beeinträchtigt.

- Indigene Gemeinschaften sind mit weitreichenden wirtschaftlichen und kulturellen Veränderungen konfrontiert, die das Überleben mancher Kulturen gefährden.

Rune Rydén, stellvertretender FP-AP-Vorsitzender

rune.ryden@telia.com

Die Rechte der indigenen Völker auf einem neuen Kontinent gilt es zu wahren

Eines der wichtigsten globalen Themen der letzten zehn Jahre sind die tiefgreifenden Veränderungen in der Arktis. Die Aufmerksamkeit der Welt ist wieder auf die Arktis gerichtet. Grund dafür sind dieses Mal vor allem die Folgen des Klimawandels in der Arktis, das wirtschaftliche Potenzial dieses Raums und die geopolitischen Folgen der dortigen Veränderungen.

Acht Staaten haben Gebiete im arktischen Raum: Kanada, das Königreich Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Russland, Schweden und die Vereinigten Staaten. Drei EU-Mitgliedstaaten sind folglich auch arktische Staaten, während Island und Norwegen dem Europäischen Wirtschaftsraum angehören. In der Arktis sind mehrere indigene Völker beheimatet. Zum arktischen Raum gehören auch das Nordpolarmeer und die daran angrenzenden Meere.

Durch die Erderwärmung werden sich gerade auch die Lebensgrundlage der Bewohner und die Kultur der indigenen Völker der Arktis verändern. Der arktischen und der internationalen Gemeinschaft stellen sich nicht nur neue Herausforderungen, sondern es bieten sich ihnen auch neue Chancen.

Aus stärkerer Wirtschaftstätigkeit und dem neuerlichen geopolitischen Interesse am arktischen Raum erwächst eine Reihe zentraler Herausforderungen im Zusammenhang damit, die Stabilität, den Frieden und die Sicherheit in einer von Dialog, Verhandlungen und Zusammenarbeit geprägten Weltregion zu wahren.

Zugleich ergeben sich aus dem Klimawandel und der technologischen Entwicklung neue Möglichkeiten für die Arktis, wie die Verbesserung des Zugangs zur Förderung von Öl, Gas und Mineralstoffen oder

die Erschließung neuer Schifffahrtswege, durch die die Kosten für den Gütertransport zwischen den Kontinenten gesenkt und die durch ihn verursachten CO₂-Emissionen verringert werden können. Es wird angenommen, dass bis zu 30 % der bislang unentdeckten Gasvorräte und etwa 10 % der unentdeckten Ölvorkommen in der Arktis zu finden sind. Zudem könnten in der Arktis infolge des Klimawandels neue Fischereigeiete erschlossen werden, denn durch die steigende Wassertemperatur verlagert sich die Fischerei womöglich nach Norden.

Den neuen Chancen und Herausforderungen ist mit Verantwortungsbewusstsein auf lange Sicht zu begegnen. Dabei dürfen weder die Gemeinschaften in der Arktis und die Rechte ihrer indigenen Völker übergangen noch das Klima und die Umwelt in diesem Raum gefährdet werden. Die Grundlage für die Zukunft der Arktis wird jetzt gelegt, und das Recht der indigenen Völker, über die eigene Entwicklung und die eigene politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lage zu bestimmen, sollte gestärkt werden.

Der Ausgangspunkt dafür bilden aus völkerrechtlicher Sicht die Erklärungen des Arktischen Rates und die Erklärung von Ilulissat aus dem Jahr 2008, mit der sich die Anrainerstaaten des Nordpolarmeers verpflichtet haben, bei Meinungsverschiedenheiten und der Bewältigung von Herausforderungen sowie im Hinblick auf die Nutzung von Chancen in der Arktis zuallererst auf Verhandlungen und Zusammenarbeit zu setzen, womit sie dem Mythos eines Wettlaufs zum Nordpol hoffentlich ein für alle Mal ein Ende gesetzt haben. Es geht darum, etwaigen Konflikten und der Militarisierung der Arktis vorzubeugen und sich aktiv daran zu beteiligen, die Arktis als einen Raum zu erhalten, der geprägt ist von Vertrauen, Zusammenarbeit und Partnerschaften zum gegenseitigen Vorteil.

Infolge der steigenden weltweiten Nachfrage nach Öl und Gas wird verstärkt versucht, sich Rechte zur Nutzung des großteils noch unerforschten Bodens unter der Arktis zu sichern. Das strategische Interesse und die strategischen Aktivitäten im arktischen Raum erfordern es, der Schaffung eines reibungslos funktionierenden völkerrechtlichen Rahmens für friedliche Zusammenarbeit auch künftig Vorrang einzuräumen und insbesondere die Sicherheit auf See zu erhöhen sowie die Bemühungen weiterhin darauf zu richten, dass die Arktis ein Raum bleibt, der von Frieden und Zusammenarbeit geprägt ist. Aufgrund der gestiegenen Nachfrage nach Öl und Gas ist auch die rechtliche Regelung der Verhältnisse in der Arktis stärker ins Blickfeld gerückt. Die Arktis ist allerdings keine rechtsfreie Zone, denn anders als die Antarktis ist sie seit Jahrtausenden bewohnt. Für Gebiete in der Arktis, die nationalem Recht unterstehen, gelten die Gesetze des jeweiligen Anrainerstaats. Darüber hinaus gelten für die Arktis eine Reihe völkerrechtlicher Regelungen, darunter vor allem das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen von 1982, in dem beispielsweise die Schifffahrtsrechte und die Ressourcenbewirtschaftung in ihren Einzelheiten geregelt sind. Auch wenn die Zusammenarbeit der Anrainerstaaten im Hinblick auf die Entwicklung in der Arktis in der bestehenden völkerrechtlichen Ordnung ein solides Fundament hat, kann es sich immer wieder erweisen, dass einzelne Bereiche genauer geregelt werden müssen.

Britta Thomsen

S&D, Dänemark (2004-2014)

britta.thomsen@mail.tele.dk

Umweltmigranten

Nicht nur blutige Konflikte, Menschenrechtsverletzungen und Repressionen , sondern auch Dürren, Überschwemmungen und Landerosion treiben immer mehr Menschen in

die Flucht. Das erst kürzlich in Berlin eröffnete Global Migration Data Analysis Centre (GMDAC) hat aufgrund der zunehmenden Bedeutung von immer mehr Extremwetterlagen

als Fluchtursachen Alarm geschlagen. Das südliche Afrika leidet unter den niedrigsten Niederschlägen seit 35 Jahren, während im Osten sintflutartige Regen ganze Landstriche

unter Wasser setzen. Das zerstört nicht nur das Lebensumfeld von Millionen Menschen und vernichtet Ernten, sondern zieht auch gefährliche Epidemien wie Cholera, Malaria,

Masern oder Krätze nach sich sowie Lebensmittelknappheit, die im östlichen Afrika nach Angaben der Welthungerhilfe bereits 20 Millionen und im südlichen Afrika 14 Millionen

Menschen betrifft. Im vietnamesischen Mekong-Delta kämpfen Reisbauern mit der schlimmsten Dürre seit 90 Jahren. Insgesamt mussten nach aktuellen Studien des International Displacement Monitoring Centre in Genf in den letzten acht Jahren mehr als 200 Millionen Menschen aufgrund von Naturkatastrophen ihre Häuser verlassen oder evakuiert

werden. Tendenz steigend. Die EU hat aktuell allein für Äthiopien 122 Millionen Euro Unterstützung zugesagt.

Mosambik zählt laut dem mosambikanischem Katastrophenschutz-Zentrum zu den zehn am stärksten vom Klimawandel betroffenen Ländern. Zur Zeit trocknet der Süden

aus, während im Norden Land unter ist. 600 000 Menschen sind so oder so auf Nothilfe angewiesen. Tausende Häuser wurden durch Starkregen zerstört, Menschen

von den Fluten mitgerissen. Anderswo verdurstet das Vieh. Die Vernichtung oder das Ausbleiben von Ernten gefährdet nicht nur die Versorgung der lokalen

Bevölkerung, auch dringend benötigte Exporte in die Nachbarschaft bleiben aus. Südafrika, das bisher Simbabwe, Mosambik und Swasiland mit Mais mitversorgt hat, muss jetzt

grosse Mengen selbst einführen, um nur ein Beispiel zu nennen. In Simbabwe ist jeder dritte wegen der anhaltenden Dürre auf Lebensmittelhilfe angewiesen, im Nordosten

sind es sogar über 85 Prozent.

Die Zufluchtsorte der Klimaflüchtlinge sind in der Regel jedoch nicht entfernte Länder, etwa in Europa, dafür fehlt es ihnen schon allein an Geld. Sie suchen Unterschlupf

im eigenen Land oder in Nachbarstaaten, wenn das lokale oder regionale Katastrophenmanagement versagt. Fallstudien der Migrationswissenschaftlerin Susanne Melde

des Berliner Zentrums haben belegt, dass es nur dann zu Migrationswellen kommt, wenn die Bevölkerung gänzlich unvorbereitet ist und die Behörden völlig überfordert

sind. Sie verdeutlicht das am Beispiel der Länder Haiti und Dominikanische Republik, die sich bekanntlich eine Insel teilen. Die Dominikanische Republik verfüge über

ausgeklügelte Evakuierungspläne, die Bevölkerung sei informiert, und die Behörden wüssten, was im Krisenfall zu tun sei. In Haiti hingegen fehle es an

Vorkehrungsmassnahmen, Personal, Geld und Informationen. Man sei daher unfähig, adäquat zu reagieren (was sich ganz mit meinen eigenen Erfahrungen in Haiti als Leiterin

einer Delegation des Entwicklungsausschusses während meiner Mandatszeit deckt).

Die gute Nachricht: die Entscheidung, in eine andere Region umzusiedeln, kann ein Erfolgsrezept sein. Auch das haben Fallstudien aus Haiti und der Dominikanischen

Republik belegt. Umweltmigranten verfügen oft schnell wieder über Einkommen, mit dem sie auch zurückgebliebene Familienmitglieder unterstützen können, und zwar

rascher und effektiver als staatliche Hilfe. In kooperativer Zusammenarbeit mit den Akteuren des eigenen Landes und/oder der Nachbarländer könnte der Fluchtgrund

Klimawandel sogar positive Auswirkungen auf Nachbarländer und die regionale Zusammenarbeit haben. Dies zu unterstützen, kann und muss ein Ziel der neu

auszuhandelnden AKP/EU-Zusammenarbeit sein. Denn mit einem Nachlassen von Klimakatastrophen ist erstmal nicht zu rechnen. Auch in Europa nehmen Extremwetterlagen

zu, wie der Sommer 2016 hinreichend bewiesen hat.

Karin Junker

PES, Deutschland (1989-2004)

karin.junker@t-online.de

Nachhaltige Mobilität

Der Beitrag des Verkehrssystems zu besseren Umweltbedingungen

In Bezug auf die Belange, denen sich die Verkehrspolitik der Europäischen Union widmet, lässt sich eine interessante Entwicklung beobachten: Diese Belange hängen nicht nur mit der Sicherheit und Effizienz zusammen, sondern zunehmend auch mit der Energieabhängigkeit und der Umwelt – und mit den Versuchen der EU, dies bei ihrer Rechtsetzung und ihrer Politik zu berücksichtigen.

Zunächst sei betont, dass diese Problemstellungen nicht dazu führen dürfen, dass die Mobilität innerhalb Europas und weltweit eingeschränkt wird. Dies würde der Wirtschaft und allen anderen Bereichen erheblich schaden, da es beispielsweise nur noch bedingt möglich wäre, den Bedürfnissen der Bürger zu entsprechen, was den Zugang zu grundlegenden Diensten wie Gesundheitsleistungen oder kulturelle Angebote anbelangt.

Genauer gesagt: In dem Dokument, in dem die Richtlinien der Verkehrspolitik der EU verankert sind, dem Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum, wird in Ziffer 17 zunächst festgestellt, es werde „oberstes Ziel der europäischen Verkehrspolitik sein, zur Schaffung eines Systems beizutragen, das den wirtschaftlichen Fortschritt in Europa untermauert, die Wettbewerbsfähigkeit erhöht und hochwertige Mobilitätsdienste bereitstellt und dabei die Ressourcen effizienter nutzt“. Darauf folgt Ziffer 18 mit einem einzigen, aus nur sieben Worten bestehenden Satz: „Die Einschränkung von Mobilität ist keine Option.“ Diese Prämisse wurde später auch von Kommissionsmitglied Siim Kallas in seiner Aussage aufgegriffen, die weitverbreitete Vorstellung, es müsse weniger Verkehr geben, damit der Klimawandel aufgehalten werden kann, sei schlicht und ergreifend falsch. Europa benötige in jedem Fall wettbewerbsfähige Verkehrssysteme, um auf internationaler Ebene mit der Konkurrenz Schritt halten zu können, das Wirtschaftswachstum zu fördern, Arbeitsplätze zu schaffen und die Lebensqualität seiner Bevölkerung im Alltag sichern zu können. Außerdem sei eine Einschränkung der Mobilität keine Option, und wenn man der vorgegebenen Richtung folge, käme dies allen Seiten zugute.

Da eine Einschränkung der Mobilität keine Lösung ist, müssen die Probleme an der Wurzel angegangen werden, nämlich durch verbesserte Nutzungsbedingungen (z. B. eine bessere Infrastruktur) und Fahrzeugeigenschaften, eine deutlich verstärkte Nutzung umweltfreundlicherer Fortbewegungsmittel und eine bessere Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel in Bereichen, in denen sich diese Lösungen nicht nur auf die nationale Ebene beschränken dürfen.

Bei der Unterscheidung nach Verkehrsmitteln sind insbesondere die unterschiedlichen CO₂-Emissionen pro befördertem Passagier zu berücksichtigen: Diese betragen 2,2 g bei Schnellzügen (z. B. TGV), 30 g bei Reisebussen, 125 g bei PKW und 153 g bei Flugzeugen. Das heißt, die Verschmutzung ist im Vergleich zu einer Reise mit der Bahn bei Fahrten mit dem Privatwagen 50-mal und bei Flügen 70-mal so hoch.

Angesichts des geografischen Ausmaßes der EU und der Schwierigkeiten, die es zwischen den Staaten zu überwinden galt, ist verständlich, dass der Problematik des Stadtverkehrs in den ersten Jahrzehnten keine Beachtung geschenkt wurde; hierfür waren die einzelnen Staaten verantwortlich.

Mit der Zeit entstand jedoch ein Bewusstsein für die Bedeutung des Stadtverkehrs. Da in den Städten ein Großteil der Energie für den Verkehr aufgewandt wird und dort ein Viertel der gesamten CO₂-Emissionen erzeugt wird, kam man zu dem Schluss, dass sich die EU mit diesem Thema befassen müsse.

Die Verkehrsüberlastung in städtischen Gebieten und deren Peripherie beeinträchtigt nicht nur das alltägliche Wohlbefinden der Bürger, sie verschlingt nach Aussagen der Kommission auch – Verspätungen und Verschmutzung eingerechnet – ca. 100 Milliarden Euro jährlich, also 1 % des BIP der EU. Zudem ereignet sich in der EU jeder dritte tödliche Unfall im städtischen Verkehr.

Daher war es wichtig, auf der Grundlage von Studien Standards festzulegen oder zumindest Empfehlungen vorzuschlagen; Beispiele hierfür sind das Grünbuch "Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt" und der Aktionsplan urbane Mobilität.

Genau wie im Überlandverkehr sollte auch innerstädtisch der Schienenverkehr – in diesem Fall Straßenbahn- und U-Bahnnetze – so weit wie möglich gefördert werden, wobei dies wegen des hohen Verkehrsaufkommens und der Überlastungen besonders deutliche energetische und ökologische Vorteile birgt. Wichtig ist auch, dass der Zugang zu den Fahrzeugen unter Berücksichtigung der Probleme älterer Fahrgäste und von Menschen mit besonderen Bedürfnissen verbessert wird.

Zusätzlich zu anderen Initiativen (und nicht zu deren Lasten) muss es den Menschen – wie in den Niederlanden und Österreich und Städten anderer europäischer Länder mit sehr positiven Ergebnissen erprobt – u. a. in Abhängig von der Gestalt des Geländes und der zurückzulegenden Entfernung ermöglicht werden, kürzere Strecken zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu bewältigen. Einen Anreiz dafür bieten entsprechende attraktive Geh- bzw. Fahrwege, etwa durch Parks.

So lassen sich Überlastungs-, Umwelt- und Energiekosten vollständig vermeiden, und die Menschen werden dazu angeregt, etwas für ihre Gesundheit zu tun.

Die Verkehrspolitik ist folglich ein gutes Beispiel dafür, welche Bedeutung den politischen Maßnahmen der EU beigemessen werden muss. Ohne die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips in Frage zu stellen, verlangt das Ausmaß der Probleme – beispielsweise bei besonders schwerwiegenden Problemen, die eng mit dem Verkehr verbunden sind (energetische und ökologische Fragestellungen) – nach Maßnahmen mit einem erheblich größeren geografischen Geltungsbereich, wie auf europäischer oder gar weltweiter Ebene. Insbesondere im Hinblick auf städtische Ballungsgebiete, in denen diese Probleme besonders deutlich werden, müssen sowohl die Organe der EU als auch noch breiter aufgestellte Institutionen sich auch mit Fragestellungen auf eher lokaler Ebene befassen und entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Manuel Porto

Portugal

ELDR (1989-1996)

Von Beginn an stand die Europäische Union beim Umweltschutz an der Spitze

Als Mitglied des Europäischen Parlaments von 1989 bis 2004 und der Ausschüsse für Umweltfragen und öffentliche Gesundheit sowie für Wirtschaft und für Industrie und Forschung und als Berichterstatter des 6. Rahmenprogramms für Forschung und vieler anderer Berichte in Bezug auf Ökologie und Umwelt weiß ich aus eigener Erfahrung, welchen Vorsprung sich die Europäische Union im Laufe der Jahre gegenüber vieler ihrer Mitgliedstaaten erarbeitet hat, was den Schutz unserer Umwelt und somit auch unsere Gesundheit und das Wohlergehen unseres Planeten anbelangt.

Die EU, die Kommission und das Parlament sind weniger dem Druck der Industrielobby in den einzelnen Ländern ausgesetzt, die alle Regulierungsmaßnahmen der EU als „unzumutbare“ Beschränkung betrachteten, was der EU das Image einer „realitätsfernen Technokratie“ beschert hat, wobei mit den von der EU beschlossenen Richtlinien gerade auf Zustände reagiert wurde, die von den Mitgliedstaaten allzu lange ignoriert worden waren.

Diese drei haben auf bei der Bekämpfung der Umweltverschmutzung und Ressourcenverschwendung aller Art sowie bei der notwendigen Diversifizierung unserer Energiequellen und Energiesparmaßnahmen, in der Landwirtschaft und beim Verbraucherverhalten in der Lebensmittelbranche, um nur einige Beispiele zu nennen, sehr viel geleistet. Ebenso sollte auch die Forschung erwähnt werden, die von wesentlicher Bedeutung ist, wenn es gilt, Lösungen der Wissenschaft für die Probleme auf unserem Planeten zu finden. Dies geht über die einfachen und allzu simplen „Patentrezepte“ weit hinaus, auf die so manche schwören.

Und dennoch muss ich an dieser Stelle laut und deutlich sagen, dass noch viel zu tun bleibt. Die Tatsache, dass man dem Markt und dem europäischen und globalen Wettbewerb Vorrang einräumt, hat dazu geführt, dass bestimmte Regeln vor allem dann nicht mehr eingehalten werden, wenn es an einer gemeinsamen Sozial- und Fiskalpolitik mangelt und dadurch der Deregulierung und Missachtung von Regeln Tür und Tor geöffnet werden. Die dadurch erzielten kurzfristigen Gewinne wiegen die langfristigen Schäden bei weitem nicht auf.

Das Paradebeispiel dafür ist wohl die massive Zunahme des Warentransports per LKW aus allen Teilen der Welt, wo diese Dienstleistungen wegen der niedrigen Löhne und der nahezu völlig fehlenden Absicherung der Fahrer viel kostengünstiger angeboten werden können, mit all den damit verbundenen uns wohl bekannten Konsequenzen. Hinzu kommen die Lebensmittel auf unseren Teller, die ohne Rücksicht auf die Jahreszeiten aus allen Ecken der Welt mit dem Flugzeug zu uns gebracht werden.

Insofern kann sich Europas durchaus sehen lassen, ob es den Nationalisten, die auf einen „Brexit-Dominoeffekt“ hoffen, nun gefällt oder nicht.

Ohne die EU und ihre Umweltbestimmungen würde es bei uns so wie in den USA oder China aussehen, was die Umweltverschmutzung, Ressourcenvergeudung und Umweltzerstörung anbelangt, auch wenn die ergriffenen Maßnahmen und verabschiedeten Richtlinien immer noch unzureichend sind. Wie ich schon gesagt habe, mag dies denjenigen nicht gefallen, die diese Vorschriften als unzumutbare Beschränkungen betrachten, die in Wahrheit dazu da sind, unsere Gesundheit und unseren Planeten zu schützen.

In dieser Hinsicht haben wir nicht zu viel, sondern zu wenig Europa, eine Einschätzung, die man auch mit dem folgenden bekannten afrikanischen Sprichwort zusammenfassen könnte: **„Mag man alleine auch zuweilen schneller vorankommen, so kommt man gemeinsam stets weiter“.**

Wahre Europäer, wie ich es bin, wissen dies sehr wohl und haben auch nach wie vor keine Angst, es auszusprechen.

Gérard Caudron

Frankreich

PES (1989-2002)

EUL (2002-2004)

gcaudron@nordnet.fr

Marathonlauf auf einem Bein – Ecosystem Disservices – Neue Überlegungen zum Postulat: „grün ist gut“

Anfang des einundzwanzigsten Jahrhunderts steht die Menschheit vor ökologischen Herausforderungen globalen Ausmaßes. Die Ausbeutung natürlicher Ressourcen, die Belastung der

Weltmeere und der Klimawandel sind nur einige Beispiele, wie menschliches Handeln das Wohlergehen sowohl heutiger als auch zukünftiger Erdbewohner unbekannter Anzahl gefährdet. Das globale Wirtschaftssystem wird häufig genannt, wenn es um die treibenden Kräfte der Umweltzerstörung geht. Für die Zukunft geht es um nichts weniger, als den richtigen Platz der Menschheit innerhalb des globalen Ökosystems zu finden, eine Aufgabe, die einem Marathonlauf gleichkommt.

Umweltthemen gewinnen seit einiger Zeit zunehmend an gesellschaftlicher Bedeutung. Das führte zu einer stark positiv aufgeladenen Bedeutung jener Schlagwörter, welche mit Natur in Verbindung stehen. „Biologisch“, „ökologisch“ und „grün“ sind Begriffe, die häufig verwendet werden, um öffentliche Meinungen positiv zu beeinflussen.

Der Forschungsansatz, die Beiträge von Ökosystemen zu menschlichem Wohlergehen, als Ecosystem Services, zählbar zu machen, sollte die Versöhnung zwischen Umweltschutz und Wirtschaftsinteressen ermöglichen. Er wurde gegen Ende der 1990er Jahre entwickelt und zu Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts in Wissenschaft und Politik verbreitet. International wurde der Begriff Ecosystem Services mit großer Resonanz aufgenommen. Die Erkenntnis, dass die Natur Leistungen erbringt, die für die Menschheit überlebenswichtig sind, ist zwar nicht neu, der Ecosystem Service-Ansatz verfolgt jedoch explizit das Ziel, der Natur innerhalb des Weltwirtschaftssystems einen Wert zu geben.

Die negativen Auswirkungen, welche die Natur auf den Menschen haben kann, genannt Ecosystem Disservices, zum Beispiel Epidemien, gefährliche Raubtiere, Allergien oder Schäden an Infrastruktur, blieben von dem Forschungsansatz anfangs unberücksichtigt. Es ging hauptsächlich darum, die positiven Beiträge von Ökosystemen hervorzuheben. Außerdem gab es Befürchtungen, dass Ecosystem Disservices, als negative Wirkungen von natürlichen Ökosystemprozessen, den Naturschutz in Misskredit bringen und die ökologische Bewegung behindern könnten. Ecosystem Disservices als Bestandteil der Interaktion zwischen natürlicher Umwelt und Gesellschaften wird bislang nur von Wenigen intensiv erforscht.

Die Konzepte von Ecosystem Services und Ecosystem Disservices beinhalten sowohl eine naturwissenschaftliche als auch eine gesellschaftswissenschaftliche Seite. Die naturwissenschaftliche Seite untersucht natürliche Strukturen und Prozesse, welche für Menschen als Ecosystem Services nutzbar, bzw. als Ecosystem Disservices schädlich sind. Die gesellschaftswissenschaftliche Seite untersucht die gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse, welche die Verteilung von natürlichem Nutzen oder Schaden regeln. Vor diesem Hintergrund zeigt sich, dass die Unterscheidung zwischen Ecosystem Services und Ecosystem Disservices nicht so eindeutig ist, wie auf den ersten Blick zu erwarten. Vielmehr entscheiden die Bedürfnisse der Betroffenen, ob es sich um Ecosystem Services oder Ecosystem Disservices handelt. Die Unterscheidung ist von soziokulturellen Wertvorstellungen abhängig, Ecosystem Services und Ecosystem Disservices somit ein Teil gesellschaftlicher Verhandlungsprozesse. Was dem Einen als erholsamer Teich gilt, gilt dem Anderen als Brutstätte für lästige Mücken.

Im Hinblick auf die globalen Herausforderungen spielen Ecosystem Disservices eine nicht zu unterschätzende Rolle. Der Klimawandel verändert die meteorologischen und als direkte Konsequenz, die hydrologischen Rahmenbedingungen von Ökosystemen. Die Ökosysteme passen sich an und produzieren fortan, sowohl in der Art als auch in der Intensität, veränderte Ecosystem Services und Ecosystem Disservices. Beispiele für Ecosystem Disservices sind veränderte Wachstumsperioden

durch Trockenheit oder die massenhafte Ausbreitung von nicht heimischen Tier- und Pflanzenarten, weil sie unter den veränderten ökologischen Bedingungen konkurrenzfähiger als heimische Arten sind.

Ein weiteres wichtiges Thema in der globalen Umweltpolitik, welches durch Ecosystem Services und Ecosystem Disservices greifbarer wird, ist die Umweltgerechtigkeit. Dabei geht es, bezogen auf Ecosystem Services und Ecosystem Disservices, um die Frage, inwiefern positiv nutzbare und negativ auftretende Ökosystemprozesse innerhalb einer Gesellschaft verteilt werden. Während die Forschung sich noch mehrheitlich mit der Verteilung von Ecosystem Services befasst, sollten Ecosystem Disservices ebenfalls Berücksichtigung finden. Es geht nicht nur darum, den Nutzen, der aus zusätzlichen Grünanlagen oder Naturschutzgebieten resultiert, gerecht zu verteilen, sondern auch darum, jene Bevölkerungsteile, die Ecosystem Disservices hinnehmen müssen, angemessen zu behandeln.

Die Natur ist, wie sie ist, einerseits freigiebig, andererseits wild. Der Versuch, Ecosystem Disservices zu beseitigen bedeutet einen Eingriff in Ökosystemstrukturen, die auch für die Erzeugung von Ecosystem Services verantwortlich sind. Für die Akzeptanz von Maßnahmen für mehr Umwelt- und Artenschutz ist die Erforschung beider Seiten der „ökologischen Medaille“ erforderlich. Bei einem vielversprechenden umweltpolitischen Lösungsansatz nur die leicht vermittelbaren, positiven Aspekte zu berücksichtigen, die negativen Aspekte aber auszublenden, erscheint wie der Versuch, einen Marathon nur auf einem Bein zu laufen; vor dem Erreichen des Ziels wird dem Läufer die Puste ausgehen.

Peer von Dohren

Doktorand an der Humboldt-Universität zu Berlin

peervd@gmx.de

Zu Besuch in den Niederlanden

Ich hatte die Ehre, während der Wahlperiode 1994–1999 als MdEP tätig zu sein und den äußersten Südwesten des Vereinigten Königreichs zu vertreten. Ich kann mich noch gut erinnern, dass meine Wähler damals dachten, ich wüsste alles über das Leben in den anderen Mitgliedstaaten und würde ihr jeweiliges politisches System, Gesundheitssystem, Bildungssystem usw. genau kennen. Das war natürlich unmöglich – es ist ja schon schwierig genug, all diese Dinge über sein eigenes Land zu wissen.

Unsere Reise in die Niederlande, an der ich und andere ehemalige Mitglieder kurz vor dem Ende des niederländischen Ratsvorsitzes teilnahmen, war die ideale Gelegenheit, unser Wissen über die Politik, das Parlament (die sogenannten Generalstaaten) und die Machtverhältnisse in den Niederlanden aufzufrischen. Ich freute mich auch sehr, ehemalige Kollegen im Europäischen Parlament aus den Niederlanden zu treffen, die ich schon seit Jahren nicht mehr gesehen hatte. Sie waren wunderbare Gastgeber und nahmen uns herzlich auf. Wir haben viel über den erfolgreichen Ratsvorsitz der Niederlande erfahren, auch wenn er von den Verhandlungen über den „Brexit“ überschattet war.

Bei unserem Besuch in Den Haag besuchten wir die Erste und die Zweite Kammer des Parlaments sowie den Staatsrat, dessen Aufgaben etwas komplexer sind. Doch wir hatten Glück, denn Jan Kees Wiebenga, einer der am längsten gedienten Mitglieder des Staatsrats und ehemaliger Kollege im Europäischen Parlament, erklärte uns, wofür der Staatsrat zuständig ist. Wir erfuhren, dass dem Staatsrat – dessen offizieller Vorsitzender der Monarch ist – jeder Gesetzesentwurf vorgelegt werden muss, bevor er dem Parlament unterbreitet wird. Im Staatsrat finden keine politischen Abstimmungen statt, sondern es wird geprüft, ob der Gesetzesentwurf dem Anspruch einer guten Verwaltungspraxis gerecht wird und mit den bestehenden Rechtsvorschriften im Einklang steht. Außerdem ist der Staatsrat das höchste Berufungsgericht in Verwaltungsangelegenheiten.

In den Generalstaaten begrüßte uns zunächst Ton Elias, der stellvertretende Sprecher der Zweiten Kammer (Abgeordnetenhaus). In der Ersten Kammer (Senat), die ganz in der Nähe liegt, wurden wir von Ankie Broekers-Knol, der Vorsitzenden der Ersten Kammer, willkommen geheißen. An diesem Tag ging es in der Ersten Kammer sehr geschäftig zu, da eine Konferenz der Senatoren und Abgeordneten aus den karibischen Ländern des Königreichs der Niederlande stattfand. So wurde uns deutlich in Erinnerung gerufen, dass das Königreich der Niederlande nicht nur in Europa liegt, sondern die vier Landesteile Niederlande, Aruba, Curaçao und Sint Maarten umfasst. Anzumerken ist noch, dass die Mitglieder der Ersten Kammer in einer indirekten Wahl von den Regierungen der niederländischen Provinzen gewählt werden.

Unsere „Plenarsitzung“, an der ehemalige MdEP und amtierende Mitglieder der beiden Kammern der Generalstaaten teilnahmen, war der Höhepunkt unseres Besuchs. Angehörige aller politischen Lager der Niederlande beteiligten sich an unseren Diskussionen. Zum Auftakt der Sitzung sprach unser ehemaliger Kollege Laurens-Jan Brinkhorst über das Verhältnis der Niederlande zur EU. Er wies darauf hin, dass die politische Union den Niederlanden nie besonders am Herzen gelegen sei, doch dass ihnen die Wirtschafts- und Geschäftsbeziehungen mit den anderen Staaten Europas umso wichtiger seien.

Während der Sitzung versuchten wir natürlich, Klarheit in die Diskussion über den „Brexit“ zu bringen. Anthony Simpson, ein ehemaliges MdEP aus dem konservativen Lager, versicherte uns, dass die Buchmacher trotz des rauen Tons der Diskussionen und der Meinungsumfragen mit einer

Wahrscheinlichkeit von 5:1 davon ausgingen, dass sich die Bürger für den Verbleib in der EU entscheiden würden. Unsere Hoffnung gründete darauf, dass die Briten bei der Abstimmung die möglichen wirtschaftlichen Konsequenzen vor Augen haben würden. Wie wir heute wissen, war dem leider nicht der Fall.

Wir diskutierten jedoch auch über viele andere Themen – etwa über die Bedeutung des Zusammenschlusses der Benelux-Staaten in der heutigen Zeit sowie über die Rolle der Niederlande als Gründungsmitglied der EU und größter der kleineren EU-Mitgliedstaaten. Wir erfuhren, dass die Generalstaaten während des niederländischen Ratsvorsitzes darauf hingewiesen hatten, dass die einzelstaatlichen Parlamente einen überaus wichtigen Beitrag leisten, und mehrere interparlamentarische Sitzungen abgehalten hatten, um diesem Anliegen größere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.

Ich möchte mich beim VEM und bei unseren Gastgebern in den Niederlanden herzlich für den äußerst gelungenen Besuch bedanken.

Lord Robin Teverson

ELDR-Fraktion, Vereinigtes Königreich 1994–1999

robin@teverson.net

Waffen des Friedens

Besuch im Europäischen Zentrum für Raumfahrttechnik (ESTEC)

Am 28. Mai, während des niederländischen Ratsvorsitzes, machte der Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments einen Ausflug in die Niederlande. Der erste Programmpunkt war ein Besuch im Europäischen Zentrum für Raumfahrttechnik (ESTEC) – ein großartiger Auftakt! Zufälligerweise fand unser Besuch genau zu dem Zeitpunkt statt, zu dem Frau Elżbieta Bieńkowska, für den Binnenmarkt zuständiges Mitglied der Kommission, in Den Haag die hochrangig besetzte

Konferenz zur künftigen Weltraumpolitik eröffnete. Eine Mitteilung zur Europäischen Weltraumpolitik soll noch 2016 veröffentlicht werden. Im ESTEC erhielten wir eine kurze Einführung, was das ESTEC eigentlich macht, wie es sich finanziert, wer an ihm beteiligt ist und in welcher Weise es organisiert ist. Diese Einführung erfolgte durch Herrn Franco Ongaro, der seit dem 1. April 2011 die Leitung des ESTEC innehat. Daran schloss sich eine Besichtigungstour an, auf der wir von dem Leiter der Kommunikationsabteilung des ESTEC, Herrn Juan de Dalmau, geführt wurden. Wir besichtigten eine europäische Weltraumstation in realer Größe und bekamen zahlreiche Anlagen zu sehen, wodurch vieles verständlicher wurde.

Das ESTEC ist die größte Weltraumforschungseinrichtung in Europa. Sie gehört zur Europäischen Weltraumorganisation (ESA), die über 2 000 Mitarbeiter an acht Standorten beschäftigt, 80 Satelliten besitzt und einen Umsatz von 5,2 Milliarden EUR macht. Die ESA ist eine zwischenstaatliche Organisation, die gut in die weltweite Weltraumgemeinschaft integriert ist. Seit dem 6. Finanzrahmen setzt die ESA die Weltraumprogramme der Europäischen Union, Galileo und Copernicus, um. Bei Galileo handelt es sich um ein globales Navigationssystem, Copernicus ist dagegen ein Erdbeobachtungsprogramm. Im Rahmen des 8. Finanzrahmens werden mehr als 7 Milliarden EUR für diese beiden Programme bereitgestellt.

Außer den Programmen der Europäischen Union leitet das ESTEC weitere Projekte wie die Erforschung des Universums und die Errichtung einer ständigen Basis auf dem Mond („Moon Village“). Die ESA ist der bekannteste Entwickler von Trägerraketen, die auch im ESTEC getestet werden. Außerdem arbeitet die ESA zusammen mit weiteren nationalen, europäischen und transnationalen Akteuren intensiv an der Entwicklung eines internationalen Weltraumrechts. Das ESTEC spielt auch eine wesentliche Rolle, wenn es um die Verbreitung von Wissen und um berufliche Chancen für junge Wissenschaftler aus ganz Europa geht.

Beim Europäischen Weltraumprogramm geht es zweifellos nicht um die Kosten, sondern um Investitionen. Der Wert des Weltraumsektors einschließlich der Weltraumindustrie und weltraumgestützter Dienste beläuft sich auf 320 Milliarden EUR und mehr als 500 000 Menschen finden hier Beschäftigung, wobei in diesem Bereich jährlich zweistellige Wachstumsraten zu verzeichnen sind. Es entstehen neue Unternehmen durch Neugründungen und Unternehmensausgliederungen, und es wird neues Wissen geschaffen, das dann von anderen, traditionellen Sektoren genutzt wird. Ein Beispiel dafür ist die Solarzelle, die vor 50 Jahren für die Raumfahrt entwickelt wurde, um Flugobjekte mit Energie zu versorgen.

Aus der Weltraumindustrie stammen viele Impulse für zahlreiche andere Wachstumssektoren, wodurch die weltweite Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie sichergestellt wird. Navigationssysteme sind für die Bereiche Mobilität, Telekommunikation, das Internet der Dinge und insbesondere die Digitalisierung der Forst- und Landwirtschaft erforderlich. Die Erdbeobachtung ist von entscheidender Bedeutung, um die Ziele der UN-Klimakonferenz in Paris 2015 und die Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Darüber hinaus ist diese Technologie gut geeignet, um Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Erdbeben usw. zu beobachten und vorherzusagen. Außerdem wird sie Telekommunikationstechnologien künftig so ergänzen, dass jederzeit und überall, sogar während des Fliegens, eine Internetverbindung vorhanden ist. Die gegenwärtig gültigen Rechtsvorschriften zum Schutz der Privatsphäre lassen dies zwar nicht zu, aber

die Erdbeobachtung könnte auch für wirksame Grenzkontrollen und zur Rettung von Flüchtlingen aus dem Mittelmeer eingesetzt werden.

Die Weltraumforschung ist eine Waffe des Friedens. Nationen und Regionen, die sich eigentlich im Konflikt miteinander befinden, arbeiten zusammen an einer gemeinsamen Zukunft. Wenn die gegenwärtigen Gesetzgeber über die künftige Politik entscheiden, sollten sie neben dem täglichen kurzfristigen Krisenmanagement die langfristigen Chancen in Betracht ziehen und die erforderlichen Mittel bereitstellen, damit die Zukunft Europas gestaltet werden kann.

Edit Herczog

S&D, Ungarn, (2004-2014)

mrs.edit.herczog@gmail.com

breaking news – breaking news The polar bear will survive

Bittersüß

Das süße Gift der Verführung – wer widersteht ihm? Alfred Nobel (1833 – 1896), schwedischer Erfinder und Chemiker, war voller Widersprüche: Er erfand den Sprengstoff Dynamit - und stiftete schließlich die bis heute verliehenen Nobelpreise (seit 1901).

Es heißt, entgegen vielfacher Behauptung wurde das klassische Dynamit Alfred Nobels nie im Krieg verwendet. Doch Dynamit war zugleich ein Terrorinstrument. Nobel kaufte u. a. zudem den schwedischen Rüstungsbetrieb Bofors. Im Briefaustausch mit Bertha Suttner, österreichische Friedensaktivistin und erste weibliche Friedensnobelpreis-Trägerin, dokumentiert, verband Alfred Nobel mit der Rüstungsproduktion die Hoffnung, dass die Armeen eines Tages vom Krieg Abstand nehmen würden, sobald die abschreckende Wirkung ihrer Waffenarsenale groß genug geworden sei ... (Frieden durch Abschreckung, 1891)) – ein Trugschluss.

Das Stockholmer Nobelmuseum wurde 2001 eröffnet und ist im ehemaligen Gebäude der Stockholmer Börse in der Altstadt untergebracht. Am Tag unseres Besuchs mit der Ehemaligen Association of Former Parliamentarians des Council of Europe (FP-AP) wurden wir erschüttert von dem sinnlosen Tod der jungen britischen Parlamentsabgeordneten Jo Cox von der Labour Party durch ihren rechtsextremen Mörder. Wir sind sehr traurig.

Er forderte „Freiheit für Großbritannien“ in diesen heißen Tagen des BREXIT-Wahlkampfes in Großbritannien – und heute stehen wir in der EU nach dem Referendum vor einem großen Verwirrspiel, das sehr besorgt. Europas Herausforderungen sind dadurch nicht kleiner geworden.

Zu diesen gehören auch die der Immigration und/oder Migration. Ilona Gränitz, Österreicherin und Vizepräsidentin, hat dem FP-AP Bureau in Stockholm ein umfassendes Papier vorgelegt, im Vorfeld begleitet durch unsere bewährte Karin Junker. Andrea Manzella's Vorschlag, „a new Inter-Parliamentary Conference for Migration and Integration“ zu etablieren, wurde befürwortet. Die endgültige Abstimmung und Vorstellung in der Öffentlichkeit findet auf der FP-AP-Herbsttagung im französischen Lyon statt.

Die Macht, Pracht und gewünschte Herrlichkeit mittels Waffengewalt wurde auch im beeindruckenden VASA-Museum (1990) vorgeführt. Ein todbringendes hölzernes und schwer bewaffnetes Kriegsschiff (1626/28)-Mahnmal – und zugleich ein einzigartiger beeindruckender Kunstschatz aus dem 17. Jahrhundert. Aber es sank durch seine Instabilität auf seiner Jungfernfahrt schon nach etwa 20 Minuten.

Wasser ist überhaupt eines der großen Lebens-Themen der Skandinavier – und war es auch auf dem FP-AP-Seminar. Wasser überqueren wir in Stockholm überall – der Weg zur Ostsee ist nah, und der Weg zur Arktis nicht weit. Das weckt Begehrlichkeiten, zumal durch den Klimawandel Verkehrswege kürzer werden und Tiefsee-Ölquellen zum Beispiel auch erreichbar. Politische Spannungen sind zu erwarten. Neue soziale, ökologische und ökonomische Fakten fordern heraus. Flora, Fauna, Habitat müssen neu beleuchtet werden. Forschungsstationen und Innovationen – wie die modernen (russischen) Eisbrecher – sind unerlässlich.

Rune Ryden, unser Gastgeber, Universitätsprofessor und langjähriger ehemaliger schwedischer Reichstagsabgeordneter, holte 6 großartige Experten, die deutlich machten, was „die (arktische) Klima-Stunde geschlagen hat“. Dazu unser Kollege William Newton Dunn:

„In thirty years from now when there is no summer ice in the Arctic, what will happen to polar bears? Experts predict that they will survive by adapting to hunting on land instead in the sea. And, second,

when the frozen lands of Siberia have thawed and become habitable and crops and food can grow, it will need people; and just to the south there are a billion Chinese who will want some land. Is Siberia a future area of political tension?"

Im Museet Moderna hält uns „THE NEW HUMAN“ unerbittlich den Spiegel vor, und das Fotografiska macht atemlos mit den Abbildungen von Menschen wie Du und ich. Wir sollten besser hinsehen.

Brigitte Langenhagen

EPP-DE, Deutschland (1990-2004)

brigitte-langenhagen-cux@t-online.de

BESUCH DER UNIVERSITÄT TARTU, ESTLAND

In Tartu (Estland), unweit der Grenze zu Russland, befindet sich eine der ältesten Universitäten Europas.

Bereits das zweite Jahr in Folge hat die Universität gemeinsam mit anderen europäischen und ukrainischen Einrichtungen ein Seminar der „Eastern Platform“ organisiert. Das Thema des diesjährigen Seminars lautete „Postsowjetischer Raum zwischen der EU und Russland. Der Zustand der Krise: Abmilderung oder Globalisierung“.

Mit etwa 60-70 teilnehmenden Studenten stieß das Seminar offenbar auf großes Interesse, wobei nicht nur estnische Studenten, sondern Studenten aus ganz Europa teilnahmen – daran zeigt sich ganz deutlich, dass das Erasmus-Programm beliebt ist. Es waren zudem auch einige Studenten aus den USA, aus China und aus Kanada anwesend.

Ein wichtiger aktueller Aspekt der Diskussion war die Haltung Russlands gegenüber der Ukraine. Es ist nicht verwunderlich, dass die Popularität Russlands aufgrund des Vorgehens in der Ukraine bei den Studenten nicht gerade zugenommen hat.

Mein Thema waren aktuelle Themen, die sich auf die EU auswirken. Ein wichtiges Thema meiner Rede war die Flüchtlingskrise, und ich legte dar, dass zwischen den alten und den neuen Mitgliedstaaten Solidarität herrschen muss. Es kann nicht sein, dass nur einige wenige Mitgliedstaaten die Gesamtlast auf sich nehmen müssen. Auch das Referendum im Vereinigten Königreich über den Austritt aus der EU erwies sich als wichtiges Diskussionsthema, und natürlich wurde auch die Bedrohung durch den Terrorismus thematisiert.

Ich nahm ausführlich zu der Rolle des Europäischen Parlaments und der einzelstaatlichen Parlamente Stellung, was die europäische Gesetzgebung und Haushaltsfragen angeht, und legte dar, dass das demokratische Defizit derzeit in den einzelstaatlichen Parlamenten größer ist als im Europäischen Parlament. Dieses Thema war für die meisten Anwesenden neu.

Da die Diskussion lebhaft und das Interesse groß war, hat es sich sehr gelohnt, an diesem Seminar teilzunehmen, zumal es an einem Ort der Europäischen Union stattfand, der sich abseits der ausgetretenen Pfade befindet.

Jan Mulder

ADLE, Niederlande (1994-2014)

irjmulder@gmail.com

Wroclaw eine Stadt mit einer turbulenten Vergangenheit

Es wird gesagt, dass über den Fluss Oder in Wroclaw über hundert Brücken führen. Die Stadt blickt auf eine derart turbulente Vergangenheit zurück, dass jede Brücke ohne Weiteres für eine größere Veränderung stehen könnte. Heute zählt die Stadt Wroclaw etwa 600 000 Einwohner; die dortige Universität ist mit über 40 000 Studenten und etwa 1 300 Doktoranden in zehn verschiedenen Fakultäten die größte Universität in der Region. Jedes Jahr erwerben 9 000 Studenten an der Universität Wroclaw ihren Abschluss.

In der Vergangenheit wurde Wroclaw von Polen, Tschechen, Österreicher, Ungarn und Deutschen besetzt. Über die Jahre haben sich in der Stadt unter anderem Wallonen, Juden, Italiener und

Ruthenen angesiedelt. Diese Mischung unterschiedlicher Religionen und Kulturen, die sich zuweilen zwar als problematisch erwies, trug jedoch ebenfalls dazu bei, das Wrocław des Jahres 2016 zu formen. Als die Nationalsozialisten 1933 an die Macht kamen, wurden die verbliebenen Polen vertrieben, und Breslau - wie die Stadt zu jener Zeit hieß – wurde zu Hitlers letzter Festung. Am 6. Mai 1945, nach einer vierzehnwöchigen Blockade, wurde die Stadt schließlich von den Sowjets eingenommen.

Auf der Potsdamer Nachkriegskonferenz wurde Wrocław erneut Polen zugeschlagen, weil sich die neuen Grenzen des Landes nach Westen verschoben hatten. Die verbliebenen deutschen Einwohner wurden vertrieben, und die Stadt wurde mit Polen aus Lwow (der heutigen ukrainischen Stadt Lwiw, die Teil der Sowjetunion wurde,) und Wilno (der nunmehr litauischen Stadt Vilnius) sowie mit vielen Neuankömmlingen aus Warschau und Posen neu besiedelt. Die „Pioniere“ besiedelten eine fremde Stadt neu, die beinahe zu drei Vierteln zerstört war.

Dank einiger polnischer Professoren aus Lwow konnten auch die Lehr- und Forschungstätigkeiten an der Universität Wrocław wiederaufgenommen werden; heute ist die Universität finanziell gut ausgestattet und floriert, wobei ihr Schwerpunkt auf der wissenschaftlichen Forschung liegt. Getreu der Geschichte der Stadt ist auch der persönliche Hintergrund der Studenten sehr vielfältig, wahrscheinlich stammen sie aus hundert unterschiedlichen Ländern.

Als ehemaliges MdEP wurde ich eingeladen, vor verschiedenen Studentengruppen zu einem allgemeinen Thema im Bereich „Schutz der Grundrechte – neue Herausforderungen für die Europäische Union“ zu sprechen. Zum Zeitpunkt meines Besuchs und als ich diesen Bericht verfasse, steckt das Vereinigte Königreich inmitten der Kampagne zum Referendum, ob es Mitglied der Europäischen Union bleibt oder nicht. Trotz meiner bestmöglichen Versuche, bei dem Thema der Agenda zu bleiben, kamen die Studenten stets und ausnahmslos auf das Thema des britischen Referendums zurück.

Das Vereinigte Königreich trat 1973 der EWG bei und ist seither ein vollständiges und wichtiges Mitglied. Selbstverständlich hat das Land nie den Euro übernommen oder das Schengener Übereinkommen unterzeichnet, weswegen es oft den Anschein hat, dass es ein loses Mitglied der Europäischen Union sei. Unabhängig von unserer Stellung als wichtige Handelsnation und über die englische Sprache und sämtliche historischen und kulturellen Aspekte hinaus ist die EU mit dem Vereinigten Königreich als Mitgliedstaat stärker; das gleiche gilt für das Vereinigte Königreich als EU-Mitglied.

Ich traf mich mit Studenten der Fächer EU Wettbewerbsrecht, diplomatisches und konsularisches Recht und Institutionen der EU sowie mit Doktoranden; von ihnen allen wurde ich freundlich und

herzlich empfangen. Meine Gastgeberin war Professor Dagmara Kornobis-Romanowska vom John-Monnet-Team; ich bin sehr dankbar für ihre Gastfreundschaft und Freundschaft und für die gesamte Organisation.

Ich hoffe, dass die nächsten hundert Jahre in der Geschichte Wroclaws und seiner Universität etwas weniger turbulent verlaufen!

Robert Evans

PES, Großbritannien (1994-2009)

rjeevans@globalnet.co.uk

Programm „EP to Campus“

Einladung zum Historischen Archiv der EU (HAEU) und zum Europäischen Hochschulinstitut (EUI) in Florenz

Anfang März wurde ich von Dieter Schlenker, Direktor des HAEU, eingeladen, an den Aktivitäten des HAEU und des EUI am 21. und 22. März teilzunehmen. Ich bekam einen Anruf von Herrn Schlenker und war einverstanden, an sämtlichen Aktivitäten teilzunehmen, was er für nützlich hielt.

Mein Programm begann am 21. März morgens in der Villa Salviati, in der sich das HAEU befindet, mit Schülern im Alter zwischen 11 und 14 Jahren im Rahmen eines Bildungsprojekts zur Vertiefung der Kenntnisse der Schüler über die EU; der Schwerpunkt lag dabei auf der Geschichte und der Funktionsweise der EU. Unter der Leitung der Koordinatoren Alice Perini und Mateo Marengo wurde eine Sitzung des Europäischen Parlaments in vereinfachter Form nachgestellt. Aufgrund des Alters der Schüler wurde Italienisch gesprochen. Ich wurde gebeten, am Ende der Sitzung den Schülern von meinen Erfahrungen aus erster Hand als ehemaliges Parlamentsmitglied zu berichten. Die Schüler waren sehr aktiv und es machte mir Spaß, ihre Fragen zu beantworten.

Nach einem raschen Mittagessen in der Kantine mit Herrn Schlenker und einigen seiner Mitarbeiter besichtigte ich das Archiv. Ich war sehr beeindruckt von den Unmengen an Dokumenten und – überraschenderweise – auch an persönlichen Gegenständen, gestiftet von Mitgliedern des Parlaments. Das Archiv ist eine wahre Schatzkammer!

Nachmittags hatte ich ab 15.00 Uhr eine Veranstaltung mit einer Klasse der technischen Fachschule „Istituto Salvemini“. Ich sollte als Vorsitzende des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten fungieren. Der „Vorsitz“ stellte das zu erörternde Thema vor, die vorübergehende Aufhebung des Schengener Abkommens. Im Anschluss daran folgte ein Gedankenaustausch mit den Schülern, um ihnen das politische Thema und die verschiedenen Ansichten dazu aufzuzeigen. Dann wurden die Schüler in vier Gruppen aufgeteilt, die jeweils eine Fraktion darstellten: GUE/NGL, PPE, EFDD und S&D. Jede Gruppe bekam ein Papier, mit dem die wichtigsten Standpunkte jeder Fraktion bei den Aussprachen des Europäischen Parlaments simuliert wurden. Der Vorsitz stellte einen Entwurf einer Entschließung auf Grundlage eines simulierten Vorschlags der Kommission vor: „Vorübergehende Aufhebung des Schengener Abkommens in der Europäischen Union und die sich daraus ergebende Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Staatsgrenzen“. Es folgte eine ausgedehnte Diskussion über die Annahme oder Ablehnung des Kommissionsvorschlags. Schließlich wurde der Vorschlag abgelehnt, und der „Ausschuss“ zog sich in den wunderschönen Garten der Villa Salviati zurück, wo die Fraktionen den Vorschlag der Kommission änderten. Letztendlich konnte ein gemeinsamer Standpunkt angenommen werden, und die Sitzung endete eineinhalb Stunden nach der vorgegebenen Zeit. Eine tolle Erfahrung mit großartiger Interaktion!

Am nächsten Morgen begab ich mich zur Badia Fiesolana, dem Sitz des EUI, um mit einer Projektgruppe zum Thema geschlechtsspezifische Belange zu diskutieren. Die Gruppe bestand aus 18 Doktoranden mit 6 verschiedenen Staatsangehörigkeiten. Die Diskussion war sehr lebhaft, es wurden die unterschiedlichsten Argumente vorgebracht und gleichzeitig die Lage auf dem Gebiet der geschlechtsspezifischen Themen in der EU sowie die spezifische Lage in den Mitgliedstaaten und den USA analysiert, denn ein Student war Amerikaner. Die Sitzung wurde um 12.30 Uhr unterbrochen, beim Mittagessen in der Kantine wurde jedoch weiter diskutiert.

Dies war meine erste Erfahrung mit dem EP-Programm und sie war unglaublich zufriedenstellend. Ich bin überzeugt, dass das Programm sein Ziel voll und ganz erreicht. Herzlichen Dank an alle Beteiligten!

Barbara Dührkop

PES, Spanien (1987-2009)

barbaraduehrkop@gmail.com

Kommentar zu einem Treffen mit Schülern in Florenz

Da ich der Ansicht bin, dass die Vertreter demokratischer Einrichtungen wie des Europäischen Parlaments ihre Beziehungen zu Bürgern aller Altersgruppen, sozialen Schichten und Berufsgruppen kontinuierlich pflegen müssen, habe ich die Einladung des VEM und des Europäischen Hochschulinstituts, eine Schülergruppe aus Florenz zu treffen, gern angenommen.

Als Angehöriger einer Institution muss man sich seiner Verantwortung bewusst sein und die Würde der Institution durch sein verantwortungsvolles Handeln wahren. Daher ist der Kontakt zu den Bürgern für mich nach wie vor von großer Bedeutung, obwohl ich kein Abgeordneter mehr bin.

Während meiner parlamentarischen Tätigkeit habe ich übrigens den nach meinem Vater benannten Luigi-Gemelli-Preis ins Leben gerufen, um die Beziehungen zu den Bürgern meines Wahlkreises und insbesondere zur Jugend zu pflegen. Der Preis wurde an Schüler höherer Bildungseinrichtungen verliehen, die einen Aufsatz über die Europäische Union geschrieben haben.

Jedes Jahr wurden die Verfasser der besten 100 Arbeiten zu einer dreitägigen Reise nach Brüssel eingeladen, wo sie das Europäische Parlament und die Kommission besuchten.

Durch die Verleihung des Preises habe ich es 500 Schülern ermöglicht, mit den Organen der EU in Kontakt zu treten, und es geschafft, ihre Begeisterung für Europa zu wecken und ihren Horizont zu erweitern, damit dieser nicht auf die regionale und nationale Ebene beschränkt bleibt, sondern auch eine internationale Dimension erhält. Dafür werde ich noch heute mit Anerkennung und Dankbarkeit belohnt.

Ich pflege nach wie vor den Kontakt zu Schülern und sehe, dass sie die Komplexität des Lebens im Hinblick auf die Wirtschaft, die staatsbürgerlichen Pflichten, die Gesellschaft und die Menschlichkeit verstehen wollen.

Es ist ihnen nicht genug, nur zuzusehen – sie möchten die Gelegenheiten nutzen, die ihnen die Entwicklung der Gesellschaft bietet, um voranzukommen, die Grenzen des Bekannten zu durchbrechen und möglichst viel Wissen zu erwerben.

Sie lehren uns tagtäglich, wie sich ihr Leben ständig weiterentwickelt, und sind sich bewusst, dass sie sich außerdem durch die von uns vermittelte Lebenserfahrung mit ihren Wurzeln auseinandersetzen müssen.

Ich bin der Ansicht, dass solche Initiativen weitergeführt und so weit wie möglich auf unser gesamtes Land und andere Länder Europas ausgeweitet werden müssen, damit in unserer Welt, die von der Angst vor Unterschieden und von zunehmendem Individualismus und Egoismus geprägt ist, das Bewusstsein für die Solidarität und der Geist der Solidarität, den nur die Jugend mit solcher Begeisterung leben kann, erhalten bleiben.

Vielen Dank, dass ich diese Erfahrung machen durfte.

Vitaliano Gemelli

EPP, Italien (1999-2004)

ninogemelli@libero.it

Rezension: „Our Europe Not Theirs“ von Julian Priestley und Glyn Ford (Hgg.), 2. Ausgabe, Lawrence and Wishart

Im Jahr 2013 schlossen sich EU-Abgeordnete der britischen Labour-Partei, Beamte sowie ein ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments zusammen, um eine Sammlung von Essays als Buch zu veröffentlichen. Darin beschreiben sie ein radikales Programm für einen Wandel in der EU. Der ehemalige EU-Abgeordnete Glyn Ford und der ehemalige Generalsekretär des Europäischen Parlaments Julian Priestley zählen zu den Co-Autoren des Buches. Sie äußerten die Ansicht, dass die politischen Strategien, die derzeit in Brüssel verfolgt werden, aufgrund der Dominanz des technokratischen rechten Lagers in den EU-Institutionen und den Hauptstädten der meisten Mitgliedstaaten seit jeher konservativ sind. Das linke und das rechte Lager hätten außerdem entgegengesetzte Vorstellungen von der Zukunft der EU.

Angesichts des bevorstehenden britischen Referendums über den Verbleib in der EU wurde eine zweite Ausgabe herausgegeben, in der die neuen Herausforderungen für das linke Lager in Europa beschrieben werden. Eine sehr ausführliche neue Einleitung mit dem Titel „The Left’s New Challenge on Europe“ bildet den neuen Teil des Buches.

Obwohl das Buch veröffentlicht wurde, kurz bevor der britische Premierminister David Cameron in vier Bereichen Neuregelungen erreichte, werden genau diese Themen angesprochen. Der Fokus liegt dabei jedoch auf der Kritik an der aktuellen EU-Politik beim Umgang mit vielen der drängenden Probleme unserer Zeit wie der Sparpolitik und der Zuwanderungskrise.

Wenn man die erste Ausgabe, in der die damals bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament von 2014 behandelt wurden, nicht bereits gelesen hat, sind die Beiträge einer Anzahl von Autoren des Mitte-Links-Lagers noch immer interessant. Darin werden die Themen Wirtschaftspolitik, Umwelt und Klimawandel, Sozialpolitik für ein wettbewerbsfähiges Europa, internationaler Handel und Internationalismus für das 21. Jahrhundert behandelt. In den neun Kapiteln geht es hauptsächlich darum, zu veranschaulichen, dass das linke und das rechte Lager entgegengesetzte Vorstellungen von der Zukunft der EU haben.

Angesichts des britischen Referendums geben Ford und Priestley nun einige Hinweise dazu, wie Anhänger des progressiven Lagers abstimmen sollten. Sie bringen vor, dass sich das linke Lager der großen Herausforderungen der kommenden fünfzig Jahre bewusst sein muss. Dazu zählen etwa die globale Erwärmung, die gewaltigen Migrationsströme und die Suche nach dem Mittelweg zwischen dem Kampf gegen den Terrorismus und der Wahrung der Freiheit. Auch der Einsatz der digitalen Revolution zum Nutzen der Menschen, die nicht zum Synonym einer massenhaften Arbeitsplatzvernichtung werden darf, und der Schutz der Allgemeinheit vor der Arroganz der verantwortungslosen Macht der Unternehmen werden genannt. Die Autoren werfen die Frage auf, ob es besser ist, diese Herausforderungen alleine oder mithilfe Europas zu bewältigen. Es ist wenig überraschend, dass sie der Meinung sind, dass eine Abschottung in einer globalisierten Welt wohl kaum die richtige Antwort sein kann.

Die Mitgliedschaft in der EU ist kein Wundermittel gegen all die Übel der Welt. Doch wir vertreten die Ansicht, dass das Vereinigte Königreich weniger Einfluss hätte, wenn es auf den Pfad der Isolation setzen würde. Die Autoren erörtern, dass der Verbleib in der EU das Anliegen des progressiven Lagers ist und dass es die Anhänger des progressiven Lagers sind, die sich für die EU einsetzen müssen. Abschließend bringen sie vor, dass der Verbleib in der EU das Anliegen des progressiven Lagers ist und dass sich das linke Lager sehr stark in die Kampagne für den Verbleib in der EU einbringen muss. Ein Austritt aus der EU, so die Autoren, sei für das linke Lager eine Abzweigung, die in eine Sackgasse führt.

Anita Pollack

(PSE 1989–1999, Vereinigtes Königreich)

Anita_Pollack@btopenworld.com

REZENSION: „POLITEISTI & ASSASSINI“ VON CRISTIANA MUSCARDINI

„Politeisti & assassini“ (Polytheisten und Mörder, Ulisse Edizioni, 2015), ist das neueste Buch unserer früheren Kollegin Cristiana Muscardini, die von 1989 bis 2014 eines der führenden Mitglieder des Europäischen Parlaments war.

In ihrer persönlichen Widmung schreibt die Autorin: „Wenn eine Freundschaft echte Hoffnung ist, wird sie niemals enden.“ Und „Politeisti & assassini“ ist vor allem ein Buch über ihre Freundschaft mit Yusuf Mohamed Ismail Bari Bari, dem somalischen Botschafter bei den Vereinten Nationen, der im März 2015 bei einem Terroranschlag in Mogadischu ums Leben kam.

Der Botschafter war ein Freigeist und wuchs in Italien auf, fühlte sich jedoch seiner Heimat auf ewig verbunden; die Autorin lernte dank ihrer intellektuellen Verbundenheit mit ihm viel über Somalia, noch mehr jedoch über die Widersprüchlichkeiten des Westens bei der Vorbeugung von Terroranschlägen.

Menschen wie Yusuf stehen für Frieden, Dialog und Entwicklung; jedoch verwehren ihnen die westlichen Mächte eine angemessene Unterstützung und helfen lieber Hardlinern, die sich letztendlich gegen sie stellen. Auch hat der Westen den Ratschlägen keine Beachtung geschenkt, die Botschafter Yusuf in seinem beständigen Engagement für den Frieden und die Zusammenarbeit mit Europa zu geben versuchte: Investitionen in Bildung, die Schaffung eines freien Radios, um die Botschaft des Friedens und einer säkularen Lebenseinstellung in seinem Land zu vermitteln, die Unterstützung wirklich demokratischer Führer. Vor Jahren hat der Botschafter die italienische Regierung gewarnt: „Was Ihnen fehlt, ist eine langfristige Vision und ein eindeutiges Engagement. Unterschätzen Sie nicht das Erbe der Menschen und Ihre historischen Verbindungen zu Somalia. Das ist es, was wir brauchen, und nicht Geld. Konzentrieren Sie sich nicht nur auf das Kapital, kümmern Sie sich gut um das ganze Land, und die Ausbildung von Spezialeinheiten ist ganz bestimmt nicht die wichtigste Priorität.“

Das Buch ist eine Sammlung gut dokumentierter Fakten, die Zeugnis ablegen über die von Yusuf geweckte Begeisterung beim Aufbau einer moralischen Partnerschaft mit Europa und die fehlende Kohärenz der Sicherheitspolitik der westlichen Länder. Jede Ära hat ihre Revolution. Die Revolution des 21. Jahrhunderts besteht ohne Zweifel in der Globalisierung, im Sinne einer marktwirtschaftlichen und geografischen Öffnung und einer Öffnung der Kommunikationskanäle; dies wäre aber bedeutungslos ohne weltoffene Menschen, die zueinander in Verbindung treten – wie Cristiana Muscardini und Botschafter Yusuf, die unterschiedlichen Ländern und Kulturkreisen entstammten, aber ein und dieselbe Vision der menschlichen Würde teilten.

Dies war auch die Botschaft von Botschafter Yusuf bei einer von Cristiana Muscardini organisierten Konferenz im Europäischen Parlament im November 2009. Für seine Worte erhielt er Beifall; was jedoch ausblieb, waren Taten. Von Afghanistan bis zum Mittleren Osten und von Libyen bis zum Horn von Afrika wurde die Botschaft, dass es gilt, auf der Grundlage von menschlicher Entwicklung und Bildung eine strukturelle Allianz mit den demokratischen Kräften zu schaffen, missverstanden und sektoralen und kurzsichtigen Interessen zum Opfer gefallen. So wurde dem Chaos, das derzeit herrscht, Tür und Tor geöffnet.

Die Dschihadisten erkannten, dass Menschen wie Yusuf Mohamed Ismail Bari Bari zu ihren schlimmsten Feinden gehören – und töteten ihn. Cristiana Muscardinis Buch wird in vielerlei Hinsicht von großem Interesse für all jene sein, die sich für globale Sicherheit, Nord-Süd-Beziehungen und den Dialog zwischen den Kulturen interessieren. Zudem wird das Buch durch die in ihm vermittelten Werte – Freundschaft und gemeinsame Sicherheit auf der Grundlage von Demokratie und menschlicher Intelligenz – zu einem kleinen, aber wichtigen Akt der Wiedergutmachung.

Niccolò Rinaldi

ALDE, Italien (2009-2014)

niccolo.rinaldi@europarl.europa.eu

In memoriam: Marco Pannella

Ich habe Marco Pannella am 17. Juli 1979 bei der ersten Sitzung des von den EU-Bürgern gewählten Europäischen Parlaments kennengelernt.

Er hatte zusammen mit Emma Bonino und Leonardo Sciascia in Italien als führende Vertreter einer ökologischen, libertären und – bereits damals – gegen ein verkrustetes Kastensystem gerichteten Bewegung, die damals in vielen europäischen Ländern entstanden ist, einen triumphalen Wahlsieg errungen und spielte anschließend eine zentrale Rolle im facettenreichen Kosmos der europäischen Grünen.

Bald danach hat Marco Pannella aber diese monochrome Hülle schon wieder abgestreift, ohne sie gänzlich zu verleugnen, jedoch im Widerspruch zu ihrer ideologischen Starrheit, um das zu werden, was ihn während seines weiteren politischen Werdegangs auszeichnete. Er war ein glühender Verfechter des föderalen Projekts der Vereinigten Staaten von Europa und ein Gegner der Realpolitik, bei der überwiegend die Nationalstaaten das Sagen haben, und zudem ein Gegner der (kurzsichtigen und erfolglosen) „Politik der kleinen Schritte“. Marco Pannella setzte sich außerdem unermüdlich für den Vorrang des Gesetzes und des Prinzips „inter omnes“ ein, und zwar überall auf der Welt, auch in Ländern mit totalitären und undemokratischen Regimen. Für ihn stand ohne wenn und aber das Individuum im Mittelpunkt, mit seinen Rechten und Freiheiten, und dies im Gegensatz zur angeblichen Vormacht der Gruppe, der Gemeinschaft und des Staates, wenn sich letzterer nicht an die Gesetze hält.

Von diesen Prinzipien hat sich Marco Pannella bei seiner Arbeit im Europäischen Parlament leiten lassen, was ihm ermöglicht hat, in manch einer politischen Schlacht Bündnisse mit Gleichgesinnten zu schmieden, und dies über ideologische Grenzen hinweg, wodurch er sich nicht selten den Zorn der Hüter eines klassischen Rechts-Links-Denkens zugezogen hat.

Er kämpfte gegen den Hunger in der Welt, für den EU- Beitritt des ehemaligen Jugoslawien, um dessen Zerfall zu verhindern, zu dem es später dann gekommen ist, für die sowjetischen Juden und ihr Recht auf Auswanderung nach Israel, für die Auflösung des Warschauer Paktes und für Freiheit und Demokratie in den osteuropäischen Ländern, gegen die Verbreitung von Atomwaffen, für die

Legalisierung von Drogen als Maßnahme im Kampf gegen die Rauschgiftmafia, für Rechtsstaatlichkeit in Italien und Europa, gegen den Treibhauseffekt und für eine wirksame Umweltpolitik (und dies bereits Ende der 1980-er Jahre), für die Einrichtung eines Tribunals für im ehemaligen Jugoslawien begangene Verbrechen und für den Internationalen Strafgerichtshof, gegen die Todesstrafe, gegen Genitalverstümmelung bei Frauen, für die Ermittlung der Verantwortlichen für den Ausbruch des Irak-Kriegs von 2003 mit seinen verheerenden Folgen und nicht zuletzt für das Recht auf Wissen, um im Schnelldurchlauf nur die wichtigsten Betätigungsfelder von Marco Pannella zu nennen, wobei mit Sicherheit noch viele andere zu erwähnen wären.

Auf diesem Erbe ließe sich aufbauen, um ein neues Kapitel der italienischen und europäischen Geschichte aufzuschlagen. Und wir täten gut daran, damit zu beginnen, damit das so überaus reiche historische und kulturpolitische Erbe, das uns Marco Pannella hinterlassen hat, nicht vergessen oder in alle Winde zerstreut wird. Dies gilt zuallererst für diejenigen, die das Privileg hatten, mit ihm zusammenzuarbeiten.

Dazu gehöre auch ich, zunächst als sein persönlicher Assistent und dann von 1994 bis 2004 als sein Abgeordnetenkollege im Europäischen Parlament.

Gianfranco Dell'Alba

Italien

ERA (1994-1999)

TGI (1999-2001)

NA (2001-2004)

Die Grand Dame in der Manege

„Mit Katharina Focke verstarb eine leidenschaftliche Kämpferin für Europa und soziale Gerechtigkeit“, twitterte Martin Schulz anlässlich ihres Todes am 10. Juli 2016. „Die Dame ist fürs Feuer“, titelte die Autorin Nina Grunenberg in Zeit online anlässlich ihrer Nominierung als SPD-Spitzenkandidatin für die bevorstehende Europawahl schon 1983. Wie wahr, sie brannte für Europa!

Die Intellektuelle Katharina Focke, die sich gelegentlich selbstironisch als „höhere Tochter“ bezeichnete, entsprach in keiner Weise dem Klischee der Sozialdemokratin aus kleinen Verhältnissen. Sie lebte, 1922 in Bonn als älteste Tochter des Publizisten Ernst Friedländer und der Ärztin Dr. Franziska Friedländer geboren, 1929 bis 1946 mit der Familie in den USA, in der Schweiz und in Liechtenstein, bevor sie 1946 nach Hamburg ging, wo sie zeitweise ihrem Vater assistierte, der sich dort die Chefredaktion der Wochenzeitung „Die Zeit“ mit Richard Tüngel teilte und später Präsident der Europa Union wurde. Er widmete sein publizistisches Werk der Versöhnung zwischen den Völkern und der europäischen Einigung.

Nach einem Studienjahr in Oklahoma nahm Katharina ein Studium der Politischen Wissenschaften auf, das sie 1954 mit der Dissertation „Über das Wesen des Übernationalen“ abschloss. Damit war ihr Lebensthema Europa vorgezeichnet.

Im gleichen Jahr heiratete sie den Generalsekretär des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung Dr. jur. Ernst Günter Focke und wurde Hausfrau. Hausfrau? Sie übersetzte literarische Werke (u.a. von Anthony Powell) aus dem Englischen, bis sie 1961 nach dem Tod ihres Mannes Geschäftsführerin des Bildungswerks für Europäische Politik in Köln wurde und sich in diversen nationalen und internationalen Organisationen wie der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik engagierte. Der Europapolitik wegen schloss sie sich 1964 der SPD an und machte eine Blitzkarriere im Landtag Nordrhein-Westfalen (1966) und im Deutschen Bundestag (ab 1969), wo sie in einem bis dahin als aussichtslos geltenden Wahlkreis von Köln dreimal das Direktmandat errang, sowie als Staatssekretärin für europäische Fragen im Bundeskanzleramt unter Willy Brandt (1969 bis 1972) und als Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit (bis 1976). Es war die Zeit der Jahrhundertreformen im Ehe- und Familienrecht. SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel hat sie zu Recht eine „moderne Sozialdemokratin“ genannt.

Katharina Fockes Erscheinung entsprach eher der Grand Dame als dem gängigen Klischee einer Feministin, aber sie war eine überzeugte Kämpferin für die Rechte der Frauen, und zwar weltweit. In der verbleibenden Zeit im Deutschen Bundestag wandte sie sich immer mehr der Entwicklungspolitik zu – eine wunderbare Vorbereitung für ein neues europapolitisches Feld, das sich für sie 1979 mit der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament auftat.

Sie, die bekannt war für (erfolgreiche!) unorthodoxe Wahlkämpfe, legte sich auch 1984 als SPD-Spitzenkandidatin mit ungewöhnlichen Aktionen ins Zeug.

Die Rolle der Direktorin in „Katharinas Zirkus“ war ihr auf den Leib geschrieben. Mit ihrem Bekenntnis zu einem einigen Europa in der Manege unter der Kuppel eines altbekannten Zirkusunternehmens flogen ihr die Herzen zu.

Mit einem gewaltigen „Frauenmobil“ und einer weiblichen Crew tourte sie ferner durch das Land, mit dabei die Liedermacherin Monika Kampmann, und genoss die allgemeine Aufmerksamkeit auf grossen Plätzen und in Fussgängerzonen, immer endend mit dem tosenden Schlussapplaus nach dem Europalied mit einem eingängigen Text von Barbara von Sell .

Ich, damals selbst Kandidatin für das Europäische Parlament, war übrigens auch dabei, als gelernte Journalistin in der Rolle der Pressereferentin.

1984 reichte es für mich noch nicht, und 1989, als mir der Einzug in das Europäische Parlament gelang, schied Katharina Focke aus Altersgründen aus.

Aber wir sind noch lange darüber hinaus ein Team geblieben in dem gemeinsamen Bestreben, dass die Bekämpfung von Armut und Rechtlosigkeit eine humanitäre und solidarische Verpflichtung der Entwicklungszusammenarbeit ist. Mit mehr Vorbildern ihrer Prinzipientreue, Menschlichkeit und vor allem Glaubwürdigkeit stünde das Europa von heute besser da , und ausgefallene Wahlkämpfe könnten uns die Menschen vielleicht wieder näher bringen. Wie das geht, hat Katharina Focke uns gezeigt. Es sind ziemlich grosse Schuhe, die sie uns da hinterlassen hat.

Karin Junker

PES, Deutschland (1989-2004)

karin.junker@t-online.de